

Die Regierungsbildung in Preußen

Von
Robert Jansen

M. d. L.

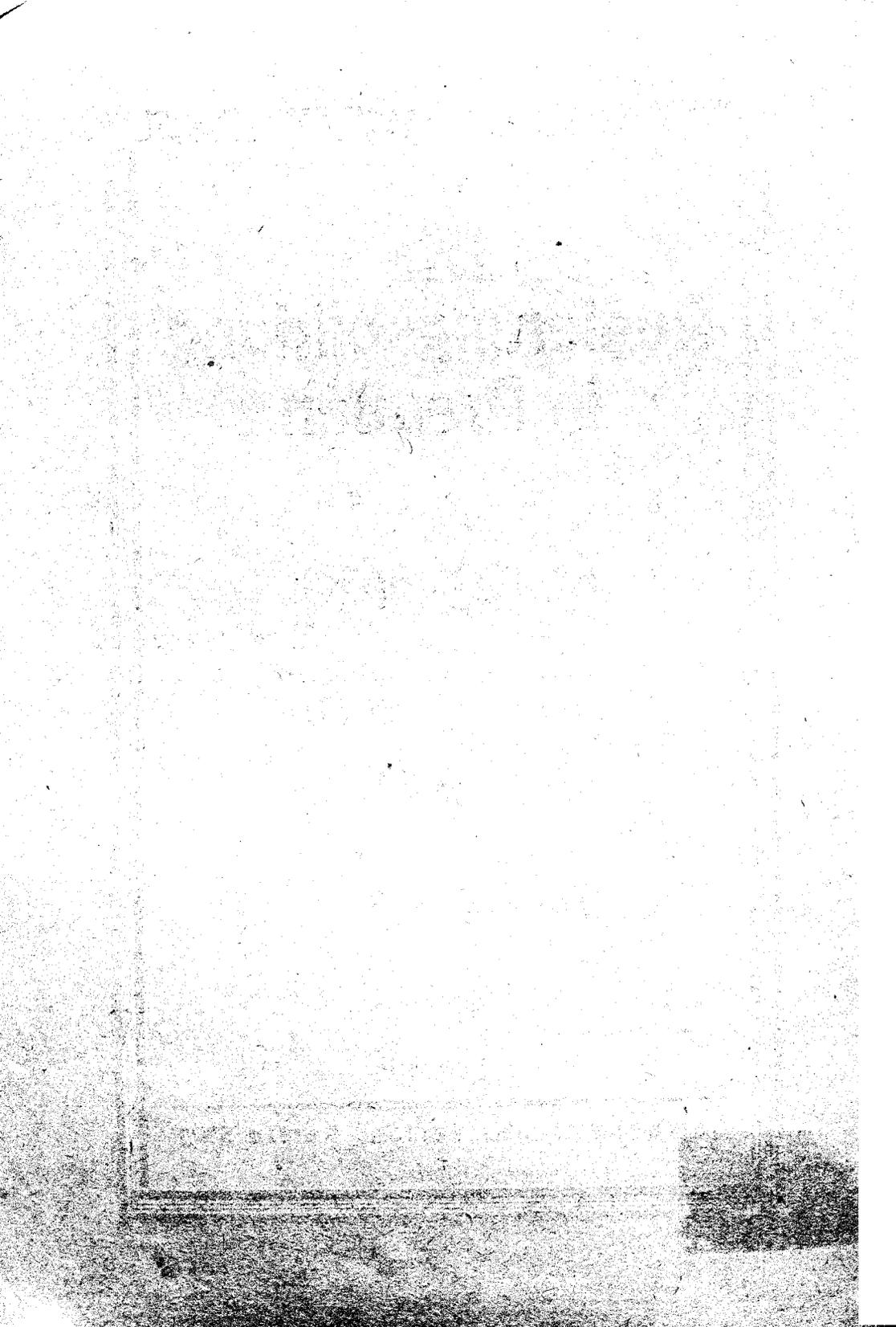
*Hauptgeschäftsführer
der Reichsgeschäftsstelle der
Deutschen Demokratischen Partei*



Preis 1.50 M

Verlag der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin SW 11

38924



Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Partei Vorstand
Bibliothek

Die Regierungsbildung in Preußen

Von

ROBERT JANSEN

M. d. L.

*Hauptgeschäftsführer
der Reichsgeschäftsstelle der
Deutschen Demokratischen Partei*

★

A38924

PV 17 366 Einzelpreis 1.50 M

Demokratischer Verlag, Berlin SW 11

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek



Die Regierungsbildung in Preußen war die stärkste Belastungsprobe des parlamentarischen Systems, die wir seit dem Sturz des alten Regimes und der Kapp-Episode erlebt haben. Am 20. Februar ist der Landtag gewählt worden und erst am 22. April konnte sich die neue Regierung dem Landtag vorstellen. Länger als zwei Monate also hat ein Zustand in Preußen andauert, der kaum erträglich erscheint in einer Zeit, in der die wichtigsten außen- und innenpolitischen Entscheidungen zu fällen waren. Das alte Ministerium führte die laufenden Geschäfte weiter, sah sich aber nicht in der Lage, irgendwelche politischen Beschlüsse zu fassen, da ein Ueberschreiten der Befugnisse aufs peinlichste vermieden werden mußte und auch noch Zweifel darüber bestanden, was unter den Begriff der laufenden Geschäfte fällt. Wenn auch die Schwierigkeiten der neuen Kabinettsbildung in den unglücklichen Mehrheitsverhältnissen des neuen Landtags liegen, so darf der Vermutung doch Raum gegeben werden, daß die grundsätzlichen Gegner der parlamentarischen Verfassung bewußt Sabotage getrieben haben, um das parlamentarische System zu diskreditieren. Für die Gegner dieses Systems gibt es kein besseres Agitationsmittel als der Hinweis auf die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung durch das Parlament, und die lange Dauer des regierungslosen Zustandes hat im Volke geradezu verheerend gewirkt. Die Befürworter des monarchischen Systems können jetzt mit Recht daran erinnern, wie reibungslos sich die Regierungsbildungen unter den Königen vollzogen haben, als das Parlament noch keine entscheidende Rolle zu spielen berufen war. Da in der großen Masse des Volkes ein Verständnis für die Schwierigkeiten, die sich bei der neuen Regierungsbildung von Tag zu Tag auf türmten, nicht vorhanden ist, erscheint es dringend geboten, eine ausführliche Darstellung aller Einzelvorgänge bei der Regierungsbildung den Wählern zu unterbreiten. Aus dieser Darstellung wird sich dann auch ergeben, wer die Hauptschuld an der langen Hinauszögerung der Regierungsbildung trägt.

Wir stehen zur Zeit noch unmittelbar unter dem Eindruck der Wahlen, und bei den Verhandlungen, die zwischen den Parteien geführt worden sind, hat die Leidenschaft, die durch die Wahlen aufgepeitscht worden ist, noch ihre bedeutende Rolle

gespielt. Diese Wahlen haben auch eine Gehässigkeit im Kampfe gezeitigt, wie wir sie in früheren Zeiten nicht gewohnt waren. Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß die Form des politischen Kampfes nach der Revolution eine wesentlich schlechtere geworden ist, daß die Verwilderung der Sitten, die wir in unserem ganzen Volksleben beobachten, sich auch im politischen Kampf auf das unangenehmste bemerkbar macht.

Die Wahlparole, unter der die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf geführt hat, ist in einem vertraulichen Rundschreiben dieser Partei an ihre Vertrauensleute dahin zusammengefaßt worden: Sturz der sozialdemokratischen und demokratischen Regierung. Diese Wahlparole hat die Partei in der verhetzerischsten Weise in das Land hineingetragen. Der sozialdemokratischen und demokratischen Regierung wurde alles als Schuld ausgelegt, was wir an Not und Elend, Bedrückung und Verarmung seit dem furchtbaren Ende dieses Krieges haben erleben müssen. Dabei hat die Deutsche Volkspartei, obwohl sie in der preußischen Landesversammlung selbst für die republikanische Verfassung gestimmt hat, ihren Wahlkampf rein monarchistisch ausklingen lassen. Unehrlichkeit nach draußen, Unaufrichtigkeit nach drinnen war das ganze Gebahren der Deutschen Volkspartei, und an den inneren Widersprüchen leidet diese Partei ja auch heute noch. Zwar sagt Stresemann im Reichstag, daß zur Zeit der Kampf um die Staatsform zurücktreten müsse, da wir durch diesen Kampf immer noch weiter ins Elend hineinkommen müßten. Derselbe Stresemann unterzeichnet aber ein Telegramm nach Doorn, in dem es heißt:

Euer Majestät unterbreitet die Deutsche Volkspartei den Ausdruck ihres tiefgefühlten Schmerzes über den Heimgang der geliebten Kaiserin, die dem deutschen Volke immer ein Vorbild unbeugsamer Pflichttreue und Hingabe gewesen ist. Gott stehe Euer Majestät in diesen schweren Tagen bei.

In der deutschen Reichsregierung arbeiten Leute wie Scholz und Raumer mit Fehrenbach und Koch zusammen und sehen mit jedem Tage ein, daß auch ihre Kunst nicht weiter geht, als die der demokratischen Minister, daß sie sich mit den entsetzlichen Zuständen unserer Gegenwart nur mühselig abfinden können und daß der Aufbau nicht an dem Tage abgeschlossen war, an dem die Deutsche Volkspartei „das deutsche Volk von den roten Fesseln befreite“. Sie sehen, daß sie in einer inneren Abhängigkeit von der Sozialdemokratischen Partei sind, da diese Partei an jedem Tage die Reichsregierung stürzen kann. In Preußen aber führten die Wahlredner den Kampf nur gegen die angebliche Korruption der Demokraten und Sozialdemokraten, und die sozialistische Mißwirtschaft war das Schlagwort, das immer und immer im Wahlkampf wiederkam. Daß durch

diese Art des Kampfes in der Sozialdemokratie eine Verbitterung emporwachsen mußte, die nicht von heute auf morgen zu überwinden ist, dürfte selbstverständlich sein. Die Sozialdemokratische Partei hat zudem den Wahlkampf in der allerschärfsten Front gegen die Partei der Großindustriellen und Kapitalisten führen müssen, da die Volkspartei mit ihren großindustriellen Vertretern für jeden sozialistisch geschulten Parteiangehörigen als der geborene Feind erscheinen mußte. Zudem hatte die Sozialdemokratische Partei in Cassel folgenden Antrag angenommen, durch den die Fraktion des Landtags gebunden war:

Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen.

Die Wahlpropaganda der Sozialdemokratischen Partei ist auch auf den Gedanken abgestimmt gewesen, daß die alte Regierung wiederkommen müsse. Die Sozialdemokratische Partei hat auch die Demokratische Partei seinerzeit dazu veranlassen wollen, diesen Gedanken als Leitgedanken für den ganzen Wahlkampf zu betrachten. Der Ministerpräsident Braun hat mehrere Wochen vor der Wahl durch seinen Pressereferenten mich in das Staatsministerium bitten lassen, um mit mir die Art der Wahlpropaganda zu besprechen. Ich habe damals abgelehnt, an einer solchen Besprechung teilzunehmen und habe einen Vertreter geschickt, der nunmehr mit dem Pressechef des Herrn Braun verhandelt hat. Der Ministerpräsident Braun wollte für die drei Koalitionsparteien gemeinsames Propagandamaterial herausgeben. Dieses Propagandamaterial hätte natürlich nur daraufhin abgestimmt sein können, daß unter allen Umständen die gleiche Regierung wiederkehren müsse. Ich habe dieses Ansinnen des Herrn Ministerpräsidenten zurückgewiesen, habe mich nur dazu bereit erklärt, in eine Prüfung des Materials einzutreten und aus diesem Material auszuwählen, was mir geeignet erschien. Auch das Zentrum hat die Koalitionsparole abgelehnt, zwei Tatsachen, die unbedingt festgestellt werden müssen, weil sie den Schlüssel geben für die Ergebnislosigkeit der späteren Verhandlungen.

Die Wahlparole, die von der Deutschen Demokratischen Partei ausgegeben worden ist, lautete: Zurück zur Mitte! Eine Parole, die seltsamerweise im sozialdemokratisch gesinnten Teile unserer Bevölkerung Anklang gefunden hat. Dort ist der politische Prozeß schon soweit vorgeschritten, daß die Bewegung, die sich am 6. Juni 1920 nach den Flanken hin bemerkbar machte, schon rückläufig geworden ist. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist durch das Diktat von Moskau einfach zerschmettert worden, und nunmehr wenden sich die Arbeiter, die sich nicht von Phrasen der Moskauer Räteherrschaftsanbeter benebeln lassen,

wieder zurück zu der Mehrheitssozialdemokratie. Die Parole: Zurück zur Mitte! ist dagegen in dem Teile der Bevölkerung, der rechts von der Sozialdemokratie seinen Platz findet, noch nicht verstanden worden. Hier ist die Bewegung noch weiter gegangen über die Volkspartei hinaus zur Deutschen Nationalen Volkspartei. Die Volkspartei hat, wenn man die Zahl der abgegebenen Stimmen in den Bezirken, die am 6. Juni gewählt haben, also mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Ostpreußen, mit den Zahlen vergleicht, die in denselben Gebieten am 20. Februar abgegeben worden sind, eine erhebliche Einbuße erlitten. Das ist auch der Grund, weshalb die Deutsche Volkspartei nunmehr die Deutsche Nationale Volkspartei zu überbieten trachtet in monarchistischer Propaganda, in Hetzpolitik gegen die bisherigen Parteien der Mitte.

Neben der Wahlparole: Zurück zur Mitte! spielte für uns aber eine andere Frage eine ausschlaggebende Bedeutung. Die Deutsche Demokratische Partei hat das Opfer gebracht, sowohl an der Reichsregierung wie auch an der Landesregierung beteiligt zu sein, obwohl in beiden Regierungen verschiedene Koalitionen vertreten sind. Dadurch ist die Deutsche Demokratische Partei in die üble Lage gekommen, daß sie unter allen Umständen die Prügel bekommt. In der Reichsregierung ist nicht beteiligt die sozialdemokratische Partei. Wenn irgendetwas zu bemängeln ist, so kann die sozialdemokratische Partei hinweisen auf die Regierung, in der die Demokraten sitzen und die uns keinen Schritt weiterbringt. In der Landesregierung war die sozialdemokratische Partei an der Führung der Geschäfte beteiligt, hier aber stand die Volkspartei in schärfster Opposition, und sie hat den Wahlkampf ja auch in der Hauptsache gerade gegen uns geführt, dieselbe Partei, mit der sie im Reichstag Politik zusammenmachen muß. Für unsere Partei ist ein solcher Zustand auf die Dauer nicht zu ertragen, und wir mußten mit allen Mitteln dahin streben, hier eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen. Neben diesem parteitaktischen Gesichtspunkt kommt aber auch die sachliche Forderung, daß die Koalitionen, von denen die Regierungen im Reiche und in Preußen getragen werden, nach Möglichkeit die gleichen sein müssen. Zwar sind Reibungen zwischen den beiden Regierungen auch nicht zu vermeiden, wenn dieselben Parteien an diesen Regierungen beteiligt sind. Aber die Gesamtrichtung der Politik ist eine einheitliche. Sie kann aber nicht einheitlich sein, wenn in der einen Regierung der sozialdemokratische Flügel die Mehrheit hat und dadurch die Politik wesentlich beeinflussen muß, während in der anderen Regierung die Sozialdemokratie überhaupt nicht vertreten ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich solche wesentlichen Meinungsverschiedenheiten ja gezeigt haben bei der Ausführung des Reichssiedlungsgesetzes durch den Ministerpräsidenten Braun, der gar kein

Hehl daraus macht, daß er die Bodenverteilungsfrage von sozialdemokratischen Gesichtspunkten aus betrachte und der dadurch gewissermaßen Sabotage treibt bei dem Reichssiedlungsgesetz. Es ist der Vorschlag gemacht worden, daß eine gewisse Personalunion in verschiedenen Ministerien bestehen soll. Vor allem hat man dabei gedacht an das Ministerium des Innern und an den Ministerpräsidenten von Preußen, der zu gleicher Zeit Vizekanzler des Reiches sein könne. Eine solche Personalunion war möglich zur Zeit, als die Berufung der Minister Sache des Königs und Kaisers war. Sie ist unmöglich in der Zeit, in welcher es Sache des Parlamentes ist, über das Kommen und Gehen der Minister zu entscheiden. Denn würde sie durchgeführt, so könnte der Reichstag darüber beschließen, ob ein preußischer Minister sein Amt niederlegen muß oder nicht, und umgekehrt könnte der preußische Landtag über das Verbleiben des Vizekanzlers eine Entscheidung fällen. Dinge, die dem Nachprüfenden von vornherein als unerträglich erscheinen müssen.

Wohl aber ist der andere Gedanke, der in diesem Zusammenhang erwähnt werden soll, wohl leichter geeignet, die Schwierigkeiten zu überwinden, daß nämlich ein Minister ohne Portefeuille in Preußen an den Sitzungen des Reichskabinetts stets teilnehmen soll, um die Verbindung zwischen den beiden Kabinetten herzustellen. Doch sind dieses Dinge, die später erst erledigt werden müssen. Maßgebend war nur die eine Forderung, daß die Koalition gleichgertet sein müsse in Preußen und im Reich. Mit diesem Gedanken sind wir an das Problem der Regierungsbildung herangegangen.

Aber die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß sie selbst zunächst in der ganzen Frage zu schweigen habe. Die Aufgabe, die Regierung zustande zu bringen, lag bei den großen Parteien, vor allem bei der Sozialdemokratie und beim Zentrum. Und es hat leider zu großen Mißverständnissen Veranlassung gegeben, daß noch, bevor überhaupt die Fraktionen zusammengetreten sind, durch das Wolff-Büro eine Notiz verbreitet worden ist, die lautete:

Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preußischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Partei-koalition getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preußischen Regierung angestrebt werden soll.

Durch die Mitteilung mußte in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, als wenn zwischen Volkspartei und Demokrati-

scher Partei vielleicht auch unter Hinzuziehung des Zentrums schon Vereinbarungen getroffen worden seien, nach denen ein Zusammenarbeiten bei der Regierungsbildung in Preußen von vornherein gesichert werden sollte. Es haben Besprechungen stattgefunden, das sei unumwunden zugegeben. Aber so, wie überhaupt solche Unterhaltungen über die zunächst zu erledigenden Dinge zwischen Parlamentariern der verschiedenen Parteien gang und gäbe sind. Das kann man auch keinem Parlamentarier verwehren, daß er zwanglos mit Kollegen aus anderen Fraktionen über die eine oder andere Frage Rücksprache nimmt. Der Fehler war nur der, daß über solche zwanglosen Besprechungen, die in keiner Weise verbindlich sein konnten, eine amtliche Notiz in die Presse geworfen wurde, die jetzt die allergrößte Verwirrung herbeiführen mußte. Wie diese Notiz gewirkt hat, das beweist eine Bemerkung des „Vorwärts“, der am nächsten Tage schrieb: Die „Prominenten“ möchten sich etwas zurückhalten, sonst könnte noch der Tag kommen, an dem die Homogenität dadurch hergestellt wird, daß man statt der verschiedenen Regierungen, die man im Reiche und in Preußen haben könnte, im Reich und in Preußen überhaupt keine hat.

Es beginnt jetzt der Kampf der verschiedenen Richtungen in den Parteien, bei denen die Entscheidung liegt. Der Kampf in der Sozialdemokratie zwischen den Leuten wie Bartels, Stering, Severing auf der einen Seite und Heilmann auf der anderen Seite. In der Deutschen Volkspartei der Kampf zwischen den Leuten um Raumer und Heinze auf der einen, um Leidig auf der anderen Seite. Dieser Kampf ist erbittert und hartnäckig geführt worden und wir haben erleben müssen, daß auf beiden Seiten die Extreme nach rechts und nach links gesiegt haben. Am 1. März noch schreibt Noske im 8 Uhr-Abendblatt:

Daß die Sozialdemokratische Partei von den Deutschvolksparteilern im Wahlkampf hart verunglimpft wurde, wird keinen verständigen Politiker zu einer Verärgerungstaktik veranlassen. Man will sich nicht zu einer Liebesheirat zusammentun, sondern aus nüchterner, kühler Erwägung ein Stück Weges zusammengehen.

Teilnahme an der Reichsregierung sollte zur Voraussetzung haben die Durchführung von Sozialisierungsmaßnahmen, die von der sozialdemokratischen Seite scharf zu formulieren sind. Daß in Preußen die Sozialdemokratie als stärkste Partei das wichtigste Amt, das Ministerium des Innern und damit die Verwaltung und die Polizei in der Hand hält, muß als so selbstverständlich angesehen werden, daß darüber kein Wort mehr verloren werden sollte.

Den gleichen Standpunkt vertreten zahlreiche Mitglieder der Reichstagsfraktion, die in diesen Dingen überhaupt weitsichtiger

gewesen ist, als die Landtagsfraktion. Am 8. März aber hatte Heilmann es fertig gebracht, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion folgenden Beschluß faßte:

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags ist bereit, die alte Regierungskoalition fortzusetzen und lehnt einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einmütig lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie würde vielmehr eine solche mit aller gebotenen sachlichen Schärfe bekämpfen.

Diesem Beschluß war aber vorausgegangen eine sehr unvorsichtige Auseinandersetzung in der volksparteilichen Presse, in der auch die extreme Richtung um Leidig das Hauptwort führte. Maretsky hatte in der „Täglichen Rundschau“ in einem Artikel folgendes gesagt:

Es sei denn, daß sich die Volkspartei bereitfände, gegen Erfüllung weitgehender Sicherungen die Belastung einer Teilnahme an einer Regierung mit Sozialdemokraten und ohne Deutschnationale auf sich zu nehmen. Eine dieser unerläßlichen Sicherungen wäre, daß, abgesehen von der Ministerpräsidentenschaft die Ministerien des Kultus, der Landwirtschaft und des Innern von den Sozialdemokraten freigegeben würden.

Diese Forderung Maretskys hat schließlich in der Deutschen Volkspartei Anerkennung gefunden und durch die Brüskierung der Sozialdemokratischen Partei, die gezwungen werden sollte, das Ministerium, an dem sie hing wie an keinem anderen, das Ministerium des Innern aufzugeben, mußte die extreme Richtung in der Sozialdemokratischen Partei gestärkt werden und so kam jener Beschluß zustande, der die Regierungsbildung fast zur Unmöglichkeit gemacht hat. Denn an dem gleichen Tage, an dem dieser Beschluß gefaßt wurde, war auch die Zentrumsfraktion zusammengetreten und hatte sich auf folgende Entschliebung geeinigt:

An Stelle der alten, nunmehr zu schwachen Koalition verlangt die Zentrumsfraktion aus vaterländischen Rücksichten eine neue der alten drei Parteien unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei.

Die Presse der Sozialdemokratie hat behauptet, daß das Zentrum mit dieser Entschliebung den Abmarsch nach rechts begonnen habe. Diese Darstellung ist zum mindesten sehr einseitig, denn das führende Blatt der Zentrumsparthei, die „Germania“, hat das Ergebnis der Wahlen am 22. Februar mit folgenden Worten beurteilt:

So stark auch die Verschiebungen innerhalb der Parteilgruppen zur rechten und zur linken sein mögen, so hoch man die unverkennbare Ernüchterung im sozialdemokratischen Lager

und die Zusage der Deutschnationalen einschätzen mag, die Grundlage aller nachrevolutionären Politik in Deutschland ist unserer Meinung nach nicht zu erschüttern, daß gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann. Es bedarf kaum der näheren Erörterung, daß die Tatsache des Vorhandenseins eines rein bürgerlichen Kabinetts im Reich dieser Auffassung keineswegs widerspricht, denn die sozialistische Reinheit dieses Kabinetts ist nur eine Aeußerlichkeit. In Wirklichkeit hängt dasselbe von der Stellung der Sozialdemokratie in seiner Politik vollständig ab und darum hat es auch schon bei seinem Amtsantritt erklärt, daß es nicht gegen die gemäßigte Linke regieren werde."

Das Zentrum hat auch während der Verhandlungen bis zum Abschluß der Regierungskrisis stets den Standpunkt vertreten, daß alles versucht werden müsse, um die Sozialdemokratie in die Regierung hineinzuziehen. Aber ebenso fest ist es bei dem anderen Gedanken geblieben, daß bei der Regierungsbildung dem tatsächlichen Ergebnis der Wahlen im gewissen Umfange Rechnung getragen werden müsse. Zunächst hat es dieser Forderung insofern entsprochen, als es wiederholt betont hat, die Sozialdemokratie müsse in einer etwaigen Koalitionsregierung auf eine Vorherrschaft selbstverständlich verzichten. Aber damit war es dem Zentrum noch nicht getan. Die Bewegung der Wählerschaft nach rechts ist unverkennbar und es hieße den Dingen Gewalt antun, wollte man sagen, daß der 20. Februar in Preußen nichts geändert habe. Bis zu den Wahlen verfügte die alte Koalition über 305 Stimmen, von 402, eine Mehrheit, die gar nicht zu erschüttern war und in der Opposition waren die Rechtsparteien nur mit 71 Stimmen vertreten. Im neuen Landtag haben die Parteien der alten Koalition nur 224 Abgeordnete, denen also bei dem Zusammenwirken der Opposition zur rechten und zur linken 204 Abgeordnete der gegnerischen Parteien gegenüberstehen. Die Parteien der Rechten haben beim Wahlkampf am 20. Februar 145 Abgeordnete erhalten gegen 71 in der Landesversammlung. Das Zentrum hatte also nicht unrecht, als es sagte, es müsse dieses Ergebnis auch in der Zusammensetzung der Regierung zum Ausdruck kommen.

Die demokratische Fraktion hat vom ersten Tage des Zusammentritts des neuen Landtags an die größte Zurückhaltung gewahrt, da sie als kleinste Fraktion auch keinesfalls dazu berufen zu sein schien, eine führende Rolle zu spielen. Die Lösung der Krisis mußte vielmehr zunächst den großen Parteien zugeschoben werden. Da aber eine Entwirrung nicht möglich erschien, ohne daß die demokratische Fraktion dabei mitwirkte, so beschloß die Fraktion, ihre Entscheidung abhängig zu machen von den Beschlüssen des Parteiausschusses, der am 12. und 13. März in Berlin zusammentrat. Mit der Sitzung dieses Parteiausschusses war

eine Versammlung der Fraktionsvorsitzenden aller deutschen Länder verbunden, in der zunächst einmal der Versuch gemacht werden sollte, einheitliche Richtlinien für die Politik der Partei in allen Parlamenten festzulegen. Vor allem sollte dabei darüber entschieden werden, an welchen Koalitionen sich die Partei beteiligen sollte und wie sie in den einzelnen Parlamenten und Provinzial-Landtage taktisch operieren müsse. Der Vorsitzende der Partei legte in dieser Versammlung die Forderung vor, daß die Partei sich nicht beteiligen solle an einer Koalition, wo sie der äußerste linke Flügel sei und auch nicht beteiligen soll, wo sie der äußerste rechte Flügel sei. Also nicht an einer ausgesprochenen Rechtsregierung und nicht an einer ausgesprochenen Linksregierung. Es entsprach diese Forderung den programmatischen Erklärungen, die der Vorsitzende der Partei schon seit Jahresfrist immer und immer wiederholt und die darauf hinausgehen, daß eine Beruhigung und Sicherung unserer öffentlichen Verhältnisse nur möglich sei, wenn endlich der große Block gebildet werden könne von Scheidemann bis Stresemann.

Die Beschlüsse des Parteiausschusses lauteten dahin:

Der Parteiausschuß billigt die bisher von der Fraktion in der Frage der Regierungsbildung in Preußen eingenommene Haltung. Er hält eine Regierungsbildung der Mitte auf möglichst breiter Grundlage und eine Uebereinstimmung der Regierungskoalition in Preußen und im Reiche für notwendig und überläßt die weiteren Verhandlungen der Landtagsfraktion im Einverständnis mit der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstande.

Die Gründe, die den Parteiausschuß zu diesem Beschluß geführt haben, sind leicht verständlich. Während des Wahlkampfes ist von den Parteien der Rechten immer und immer wieder gesagt worden, die Autorität des Staatsgedankens müsse eine neue Stärkung erhalten, und man hat von jener Seite auch die Behauptung gewagt, im demokratischen Staate gäbe es keine Autorität. Nichts erscheint uns falscher, als eine solche Behauptung. Wir sehen auch, mit welcher Wucht und Autorität Regierungen durchzugreifen vermögen, die auf rein demokratischer Grundlage aufgebaut sind. Ich behaupte, daß die Autorität der Regierung im demokratischen Staate noch viel größer sein kann und sein muß, als im Obrigkeitsstaate, wo die Regierung von Gottes Gnaden berufen wird und das Volk sich jeden ihm noch so unangenehmen Minister gefallen lassen muß. Im demokratischen Staat sollen die Minister getragen sein vom Vertrauen des Volkes. Aber wenn sie dieses Vertrauen haben, dann sollen sie durchgreifen mit aller Rücksichtslosigkeit und Energie, die nur möglich ist. Dann mag es auch Blut kosten und Staatsautorität wird leider nur zu oft nur durch das Blut gefestigt. Rücksichten kann es dann nicht geben, wenn der Staatsgedanke irgendwie gefährdet ist. Aber die Voraussetzung einer solchen Autorität ist, daß die Regierung ge-

tragen ist von einer großen Volksmehrheit. Diese Volksmehrheit war nach dem Ergebnis vom 20. Februar nicht mehr da. Wohl konnte die alte Koalition zunächst noch über eine Mehrheit von 30 bis 40 Stimmen verfügen. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß Oberschlesien noch nicht gewählt hat und daß von den dortigen Abgeordneten aJein 19 der alten Koalition angehören. Nach der Wahl in Oberschlesien ist also die Befürchtung berechtigt, daß die alte Koalition eine Mehrheit überhaupt nicht mehr hat. Wegen der Gefährdung der Regierungsautorität glaubte deshalb die demokratische Fraktion nicht einer Koalition zustimmen zu können, die sich nur auf eine Mehrheit von zwei oder drei Mandaten stützte und die durch irgendwelche zufällige Abstimmung schwinden mußte.

Erst langsam erholte sich unser Beamtenapparat von der furchtbaren Erschütterung, in die er durch die Revolution gebracht worden ist. Diesem Beamtenapparat gegenüber müssen die leitenden Minister weitgehende Autorität haben. Sie können sie nicht haben, wenn jeder Beamte weiß, daß sein vorgesetzter Minister vielleicht in acht Tagen gestürzt werden kann, da ihm eine sichere Regierungsmehrheit nicht mehr zur Verfügung steht.

Aus allen diesen Gründen mußte die Fraktion dahin streben, sowohl die Sozialdemokratie als auch die Volkspartei, die nunmehr im Landtag viel stärker war als in der früheren Preußischen Landesversammlung, mit in die Regierung hineinzuziehen. Bei den großen Gegensätzen, die zwischen den beiden Parteien vorhanden waren, war die Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles die unbedingte Festigkeit der beiden anderen Koalitionsparteien. Sowohl die Sozialdemokratie als auch die Volkspartei betrachteten als erstrebenswert eine anders geartete Koalition, und zwar ging die Deutsche Volkspartei darauf hinaus, in Preußen die gleiche Koalition aufzurichten wie im Reich, also eine Minderheitskoalition zwischen Volkspartei, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei. Ueber die Bestrebungen der Sozialdemokratie ist an anderer Stelle schon des ausführlichen gesprochen worden. Im Reiche ist die Minderheitsregierung nur möglich gewesen, weil die Sozialdemokratische Partei sich bisher einer wohlwollenden Neutralität befleißigt hat. Diese Haltung der Sozialdemokratie steht aber in einem gewissen Zusammenhang mit der Stellung der Partei in Preußen. Es war zu erwarten, daß die Sozialdemokratie ihre Neutralität im Reiche aufgeben würde, wenn sie in Preußen aus der Regierung ausgeschaltet werde. Mit einer scharfen Opposition der Sozialdemokratie im Reiche mußten aber zur Zeit schwere Erschütterungen für unser staatliches und wirtschaftliches Leben verbunden sein. Im Ruhrgebiet ist das Ueberschichtenabkommen noch nicht abgeschlossen und von diesem Ueberschichtenabkommen hängt auch allein die Möglichkeit ab, den Bestimmungen des Friedensvertrages gerecht zu werden. Dieses Abkommen kann nur zum

Abschluß gebracht werden, wenn die Arbeiterschaft guten Willens ist. Es war zu erwarten, daß das Hinausdrängen der Sozialdemokratie aus der preußischen Regierung dem guten Willen der Arbeiter ein Ende machen würde und daß dann auch die wirtschaftliche Obstruktion in schärfstem Maße einsetze.

Jedoch nicht allein von der Sozialdemokratie aus drohte ein Ueberspringen der Krisis von Preußen auf das Reich. Vielmehr gaben auch die Blätter der Volkspartei zu erkennen, daß die Koalition im Reiche gefährdet sein würde, wenn die Volkspartei in Preußen nicht zur Regierung hinzugezogen würde. Wenn Zentrum und Demokratische Partei also den Wünschen der Sozialdemokratie nach Wiederherstellung der alten Koalition ohne weiteres nachgegeben hätten, so war eine schwere Erschütterung der Reichsregierung zu befürchten, und zwar in einem Augenblick, wo durch die Zuspitzung der internationalen Lage eine innere Krisis im Reich gar nicht ertragbar schien. Schon im Hinblick auf die schwere Bedrohung, die in diesen Wochen vor dem deutschen Reiche stand, wäre eine größere Nachgiebigkeit sowohl bei der Volkspartei wie bei der Sozialdemokratie das Gebot der Stunde gewesen. Nachdem die Volkspartei aber in ihrer Presse Forderungen aufgestellt hatte, die für die Sozialdemokratie überhaupt nicht diskutabel erscheinen mußten und nachdem die Polemik der Volkspartei wieder in einer Form einsetzte, die auf das schärfste verletzen mußte, war mit einem Umschwunge der Sozialdemokratie kaum zu rechnen und so verbissen sich diese beiden Parteien von Tag zu Tag schärfer in ihrer Gegensätzlichkeit.

So sehen wir also Gefährdung für die Lage im Reich sowohl für den Fall der Erneuerung der alten Koalition wie auch beim Hinausdrängen der Sozialdemokratie aus der Regierung. Je bedrohlicher die Lage im Reiche erschien, desto hartnäckiger mußten Zentrum und Demokratie darauf hindrängen, daß in Preußen eine Verständigung herbeigeführt werde. Nachdem aber die Sozialdemokratie ihren oben erwähnten Beschluß gefaßt hatte, wäre ein Einlenken nichts weiter gewesen, als ein Sichbeugen unter das Diktat der Sozialdemokratie, die für die Reichsnotwendigkeiten in diesem Augenblick kein Verständnis zu haben schien. Und ebenso wäre ein Eingehen auf die volksparteilichen Pläne nichts anderes gewesen als die Abschwenkung nach rechts und die Vorbereitung der Rechtsregierung. Die Lage war also durch die Halsstarrigkeit sowohl der Sozialdemokratie wie auch der Deutschen Volkspartei vollständig verwirrt und ein Ausweg aus den Schwierigkeiten schien es überhaupt nicht mehr zu geben.

In dem Augenblick trat die Deutschnationale Volkspartei hervor und wollte nunmehr die Führung an sich reißen. Um den großen bürgerlichen Block zu schaffen, der nun einmal ihr Ideal ist und den mit zusammenschließen nach der Meinung der Deutschnationalen Volkspartei unsere idealste Aufgabe sein müsse.

Sie richtete an die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei folgendes Schreiben:

„Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtags hat in ihrer ersten Sitzung eingehend sich mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt. Die Fraktion hält sich bei ihren Beratungen und Entschließungen stets gegenwärtig, daß die heutige ernste Lage im Reich und in Preußen in besonders hohem Maße Zurückstellung besonderer Wünsche und Interessen einzelner Parteien und Bevölkerungskreise erfordert. Auch bei den neuen Gewaltmaßnahmen des Feindbundes ist Preußen das zunächst betroffene Land.

In Würdigung dieser Sachlage hält es die deutschnationale Fraktion für ihre Pflicht, noch einmal zum Ausdruck zu bringen, daß sie die Herstellung einer Regierung auf möglichst breiter Basis für das Erfordernis der Stunde angesehen hat und noch ansieht. Diese Auffassung ist von ihr sowohl bei den Verhandlungen, die in der Koalitionsfrage mit der Deutschen Volkspartei stattgefunden haben, als auch noch in den letzten Tagen dem Herrn Reichskanzler gegenüber, mit dem zu diesem Zwecke von der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei eine besondere Besprechung herbeigeführt worden war, geltend gemacht worden.

Die Ausführungen des Abgeordneten Müller-Franken im Reichstage und der Beschluß der sozialdemokratischen preußischen Landtagsfraktion sich dieser Aufgabe zu entziehen endgültig entschlossen ist. Wir geben unserem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß alle unseren zahlreichen Bemühungen, gegenüber der Not des Vaterlandes die große Einheitsfront herzustellen, an der ablehnenden Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gescheitert sind.

Wir müssen uns aber mit dieser Tatsache abfinden und unter den nun noch verbleibenden Parteien eine Einigung suchen, die den Bedürfnissen der Zeit entspricht. Die Not des Vaterlandes erfordert eine starke Regierung. Auf dem Boden der bestehenden Verfassung ist eine Parteiregierung nur möglich auf Grund einer Parteikoalition, die eine große und geschlossene Mehrheit des preußischen Volkes hinter sich hat, und die dem bei der Wahl am 20. Februar zutage getretenen Volkswillen entspricht. Auf Grund dieses Volkswillens erheben wir Anspruch darauf, bei den über die Regierungsbildung zu treffenden Entscheidungen beteiligt zu sein und erklären uns bereit, alsbald mit den Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutsch-Demokratischen Partei in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele, eine gemeinsame Grundlage für die Bildung der neuen preußischen Regierung herzustellen.

Der Ernst der politischen Lage insgesamt wie die Bedürfnisse Preußens lassen uns diese Frage als überaus dringlich er-

scheinen. Wir bitten deshalb, uns Ihre Antwort möglichst alsbald mitteilen zu wollen.

In ausgezeichnete Hochachtung
Der Vorsitzende der Deutschnationalen Fraktion.
gez.: H e r g t ,
Staatsminister, M. d. R. u. M. d. L.

Die Deutschnationale Volkspartei hielt also den Augenblick für gekommen, eine Rechtsregierung in Preußen zur Durchführung zu bringen, und zwar unter dem Vorwand, daß sie eigentlich ja nur die große Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie gewollt habe, daß aber durch die Schuld der Sozialdemokratie diese Einheitsfront nicht zustande gekommen sei. Die Absicht der Deutschnationalen Volkspartei war allzu durchsichtig, als daß sich die Demokratische Partei überhaupt eingehender mit dem Gedanken hätte beschäftigen können, der Anregung der Deutschnationalen Volkspartei zu entsprechen. Die Verwirklichung des Gedankens wäre eine Regierung gegen die Sozialdemokratie gewesen, und es steht ganz außer Zweifel, daß eine solche Regierung im Innern, die aller schwersten politischen Erschütterungen hervorgerufen hätte, daß sie weiter im Auslande den allerschlimmsten Eindruck hätte wachrufen müssen, gerade in einem Augenblick, wo uns die Franzosen auf das ärgste bedrängen und in der französischen Kammer gesagt werden kann, Deutschland lebe noch immer unter dem Einfluß der Männer von 1914. Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat jedoch das Schreiben nicht aus eigener Machtvollkommenheit beantwortet, sondern hat sich an den in diesen Tagen in Berlin versammelten Parteiausschuß gewandt und von diesem die Ermächtigung erhalten, folgende Erwiderung an die Deutschnationale Volkspartei zu richten:

„Auf das Schreiben vom 9. d. M. beehren wir uns in Uebereinstimmung mit einem heute gefaßten Beschluß unseres Parteiausschusses folgendes zu erwidern: Auch wir sind der Ueberzeugung, daß aus innen- wie außenpolitischen Gründen die Bildung der neuen preußischen Regierung auf der Grundlage der nationalen Einheitsfront das Gebot der Stunde wäre. Wie Sie selbst darlegen, ist dies Ziel aber zur Zeit nicht zu erreichen. Durch die Verwirklichung Ihres Vorschlages würden wir diesem Ziel nicht nur nicht näher kommen, sondern uns von ihm entfernen.“
Dominicus.“

Damit war diese Episode für die Deutsche Demokratische Partei endgültig erledigt.

Die Krisis begann im Lande auf das unangenehmste zu wirken. Der Unmut gegen die Parteien und die Mißstimmung gegen das Parlament wuchsen von Tag zu Tag, und die Unzufriedenheit mit dem Parlamentarismus mußte nicht allein in Preußen, sondern

auch im Reich die unangenehmsten Folgen zeitigen. Daß in einer Zeit, in der für das Deutsche Reich alles auf dem Spiele stand, wo für Preußen eine neue schwere Gefahr drohte, denn die Besetzung des Ruhrgebietes mußte ja vor allem Preußen treffen und auch seine Finanzen auf das schwerste erschüttern, sah das Volk, daß die Parteien sich nur in ihrem Parteiegoismus befehdeten, aber in dem großen Gedanken an die Notwendigkeit des engsten Zusammenschlusses aller Volksgenossen sich nicht finden konnten. Es lag deshalb nahe, die Lösung der preußischen Krisis auf ganz anderem Wege zu versuchen und dem Reichspräsidenten die Möglichkeit zu geben, vermittelnd einzuwirken. Der Reichspräsident ging auf die Anregung sofort ein und berief drei Führer der alten Koalition zu einer Besprechung in die Reichskanzlei, und zwar vom Zentrum den Abg. Herold, von der Sozialdemokratischen Partei den Abg. Siering und von der Deutschen Demokratischen Partei den Abg. Dominicus. Der Reichspräsident ließ bei dieser Besprechung sehr deutlich erkennen, daß auch er eine Verbreiterung der Basis für die neue preußische Regierung als unbedingt notwendig erachte und er machte seinen ganzen Einfluß dahin geltend, daß die ihm nahestehende Sozialdemokratie seiner Anschauung beipflichten müsse und in dieser Zeit eine größere Nachgiebigkeit an den Tag legen solle. Der Abg. Siering hat bei jener Besprechung seine persönliche Ansicht dahin zum Ausdruck gebracht, daß auch er den Anschauungen des Reichspräsidenten beipflichte und auf seine Parteigenossen im Sinne des Reichspräsidenten einzuwirken versuchen werde. Die Teilnehmer der Konferenz lebten unter dem Eindruck, daß die zweifelhaft großen Schwierigkeiten, die bis dahin einer Einigung entgegenstanden, schließlich dennoch überwunden werden könnten, und der Reichspräsident glaubte sogar, schon Personenfragen in den Kreis der Erörterung ziehen zu dürfen.

Die Mitteilungen des Abg. Siering haben in der sozialdemokratischen Fraktion offenbar ihren Eindruck nicht verfehlt und ihre Folge ist die Aktion, die nunmehr einsetzte.

Da die Sozialdemokratie durch den Parteitagbeschuß von vornherein gebunden war, mit der Volkspartei über eine Regierungsbildung nicht zu verhandeln, konnte sie die Verhandlungen mit der Volkspartei nur auf dem Umwege über die beiden anderen Koalitionsparteien einleiten. Sie hat deshalb am 7. April der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums das folgende Schreiben übermittelt:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags ist zurzeit nicht beisammen. Vorbehaltlich ihrer Stellungnahme und ganz unverbindlich, lediglich in meinem Namen und deren der Kollegen Limberts und Heilmann, möchte ich Ihnen nach Rücksprache mit den in Berlin anwesenden Vertretern des Fraktionsvorstandes zur Regierungsbildung in Preußen folgendes mitteilen:

Sie wissen, daß die sozialdemokratische Fraktion in Preußen einstimmig beschlossen hat, mit der Deutschen Volkspartei zusammen nicht in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben sich indessen auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts geboten sei. Infolgedessen ist seit über vier Wochen die Frage der Regierungsbildung auf dem toten Punkt. Deshalb haben wir nach einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten uns bereit erklärt, zu prüfen, ob überhaupt eine gemeinsame Regierungsbasis mit der Deutschen Volkspartei zu finden wäre. Sie werden begreifen, daß wir für den Fall des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung die von uns vertretenen Interessen und Standpunkte in weitestgehendem Maße zu sichern bemüht sein müßten. Das Mindeste, was wir im Falle des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung von den Koalitionsparteien fordern müßten, wäre das folgende:

1. Alle Koalitionsparteien stellen sich in ihrer parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit klar und unzweideutig auf den Boden der demokratischen, republikanischen Verfassung des Reiches und Preußens.
2. Die Demokratisierung der preußischen Verwaltungsgesetze und des preußischen Verwaltungskörpers wird in republikanischem Geiste in der bisherigen Weise fortgeführt.
3. In den letzten Monaten ist es der Arbeit des Finanzministers gelungen, entgegen früheren Auffassungen die Unrechtmäßigkeit umfangreicher Ansprüche des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern nachzuweisen. Diese Arbeit muß in gleichem Geiste fortgesetzt werden.
4. Beim Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung müssen unter den Ministerien, die mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden, unbedingt sein: das Ministerpräsidium, das Ministerium des Innern, das Ministerium für Landwirtschaft.

Wir bemerken noch einmal, daß es sich um eine rein informative Erkundigung handelt. Der Beschluß der Fraktion, in keine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu gehen, besteht unverändert fort. Immerhin könnte eine Erklärung der Deutschen Volkspartei zu den vier formulierten Bedingungen unserer Meinung nach für eine eventuelle Stellungnahme unserer Fraktion von Wert sein. Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie eine Entscheidung der Deutschen Volkspartei über diese Fragen herbeiführen wollen."

Um zunächst auf die sachliche Seite der von der Sozialdemokratie gestellten Forderungen hinzuweisen und darzulegen, wie sich die Deutsche Demokratische Partei zu diesen Punkten zu verhalten habe, sei festgestellt, daß der erste Punkt von der Deutschen Demokratischen Par-

tei ohne jede Einschränkung angenommen werden kann. Dagegen muß betont werden, daß die Volkspartei der Forderung, sie solle sich auch in ihrer agitatorischen Tätigkeit auf den Boden der demokratischen republikanischen Verfassung stellen, nicht ohne weiteres zustimmen konnte. Wenn die Volkspartei den Mut zu dieser Ehrlichkeit haben würde, wäre sie erledigt, denn sie fristet ihr Dasein in der Öffentlichkeit ja nur durch ihre antisemitische und monarchistische Propaganda. Die zweite Forderung nach der Demokratisierung der Verwaltung hätte auch die Deutsche Demokratische Partei in der vorliegenden Form nicht annehmen können. Die hervorstechenden Worte in dieser Forderung lauten: in der bisherigen Weise. Es sind in den letzten zwei Jahren ganz ohne Zweifel sehr erhebliche Mißgriffe vorgekommen. Die Sozialdemokratie hat für ihre Anhänger Stellen gesucht und gefunden, für die sie nach ihrer fachmännischen Vorbildung keineswegs geeignet waren. Die Deutsche Demokratische Partei hat durch ihre Vertreter im Ministerium, Herrn Staatssekretär Meyer, immer wieder auf die Gefahren einer solchen Praxis hingewiesen und durch ihre Mitglieder im Kabinett ebenfalls dahingewirkt, daß das Aergste verhütet wurde. Da aber die Sozialdemokratie in diesem Kabinett stets die Mehrheit hatte, so konnte sie ihre Macht ausnutzen, und sie hat dies weidlich getan. Es ist aber einer der Programmpunkte der Deutschen Demokratischen Partei, daß in der inneren Verwaltung Parteipolitik keine Rolle spielen soll und daß die Besetzung von Aemtern nach politischen Gesichtspunkten nur dort zu erfolgen habe, wo es sich um politische Beamte handelt, also in den Ministerien und bei den Oberpräsidenten. Es ist nun einmal vorgekommen, daß ein bisheriger Bierkutscher Landrat wurde, ein Mißgriff, der gerade uns tausende von Wählern gekostet hat, weil wir mit dafür verantwortlich gemacht worden sind. Wir hätten dem Gedanken, daß diese Aemterbesetzung so weitergehen könne, unter keinen Umständen zustimmen können.

Die 3. Forderung, die sich mit der Abfindung des Hohenzollernhauses beschäftigt, mag für die Sozialdemokratie eine politische Forderung sein, für uns ist diese Frage nur eine Rechtsfrage. Wir haben in der Verfassung die Unverletzbarkeit des Privateigentums festgelegt. Dieses Privateigentum ist auch unverletzlich, wenn es einem Fürsten oder einem früheren Könige gehört, und wir dürfen die Verfassung aus politischen Gesichtspunkten nicht brechen.

Ueber den vierten Punkt hätten wir verhandeln können. Dagegen wendet dieser Punkt sich gerade gegen die Festlegungen, von denen oben gesprochen worden ist, und hier zeigt sich, wie unvorteilhaft solche Festlegungen sind, denn die Uebernahme des Punktes vier hätte für die Deutsche Volkspartei bedeutet, das Fallenlassen der ersten Gedanken, die sie in ihrer öffentlichen Besprechung dieser ganzen Frage gestellt hat. Nichtsdestoweniger hätte

man auf Grund dieses Briefes in Verhandlungen eintreten können und es wären vielleicht auch Umänderungen, Abmilderungen zustande gekommen, die die Parteien einander näher gebracht hätten.

Dies war also der Augenblick, wo es sich entscheiden mußte, ob die Deutsche Volkspartei überhaupt ernstlich bereit sein werde, in Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über die Regierungsbildung einzutreten. Denn wenn auch die Form des sozialdemokratischen Schreibens nicht als besonders glücklich zu bezeichnen ist, so hätte ein guter Wille schließlich dennoch die Unebenheiten überbrückt. Wir wissen auch, daß ein nicht unbedeutendes Mitglied der volksparteilichen Fraktion den Brief als die Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnet hat, und zwar hat dieser Herr sich dahin geäußert, daß die drei ersten Forderungen als Verhandlungsbasis dienen könnten, daß aber die letzte Forderung unbedingt abgewiesen werden müsse. Jedoch hat die gemäßigte Richtung in der Deutschen Volkspartei nicht die Oberhand gewonnen. Noch immer lebte in dieser Partei der Gedanke, daß es möglich sein könne, eine reine Rechtsregierung zustande zu bringen, und deshalb wollte man die anderen Parteien vor eine vollendete Tatsache stellen. So ging denn die Deutsche Volkspartei dazu über, den Brief der Sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen, und mit diesem Augenblick waren die Brücken abgebrochen, mit diesem Augenblick war die Regierungsbildung auch für die beiden anderen Koalitionsparteien überaus erschwert, denn nunmehr hatte die Volkspartei das Agitationsmittel zur Hand, sagen zu können, sie habe sich dem Joch der Sozialdemokratie nicht gebeugt, wohl aber sei die Demokratische Partei und das Zentrum bereit gewesen, jede Bedingung der Sozialdemokraten zu schlucken. Eine solche Situation hätte die Deutsche Demokratische Partei überhaupt nicht ertragen können und infolgedessen war mit der Veröffentlichung dieses Briefes die ganze Frage der Regierungsbildung auf einem toten Punkt angelangt. Es war dem radikalen Flügel der Deutschen Volkspartei also gelungen, die große Koalition regelrecht zu sabotieren.

Der Gang der Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt hat klar erwiesen, daß sich eine Regierung durch Verhandlungen von Fraktion zu Fraktion überhaupt nicht bilden läßt. Ein solcher Versuch widerspricht auch der preußischen Verfassung. Diese Verfassung sagt in ihrem Artikel 44: Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident ernennt die übrigen Staatsminister. Und der § 46 lautet: Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und ist dafür dem Landtag verantwortlich; innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Staatsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag.

Das Recht des Landtages stimmt also hier überein mit dem Recht des Reichspräsidenten, der nur den Reichskanzler beruft und es dem Reichskanzler dann überläßt, sich ein Kabinett zusammenzustellen. Demnach soll also der Streit um die Minister überhaupt aus den Fraktionen fortgenommen werden. Der Ministerpräsident hat weiter nach dem § 46 die Richtlinien der Regierungspolitik zu bestimmen. Er kann auf Grund dieser Richtlinien mit den Leuten verhandeln, die er für sein Ministerium gewinnen will, und hat er auf diese Art und Weise ein Ministerium zusammengebracht, so kann er mit diesem Ministerium vor den Landtag treten, sein Programm entwickeln und nunmehr abwarten, ob der Landtag ihm sein Vertrauen gibt. Als die Regierungsbildung im Reich ähnliche Schwierigkeiten zeigte, wie jetzt die Regierungsbildung in Preußen, wies der Vorsitzende der damaligen Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei mit allem Nachdruck darauf hin, daß nur auf Grund eines Programms eine Regierungsbildung möglich sei und das Programm, das Petersen damals in die Oeffentlichkeit geworfen hat, ist von der Deutschen Volkspartei angenommen worden. Um also einen Ausweg aus der völlig verfahrenen Lage zu finden, kam es jetzt darauf an, einen Mann zu suchen, der das Vertrauen des Landtags haben würde, und dem die Aufgabe zugeschoben werden müßte, nun das Programm auszuarbeiten und seine Minister zu suchen. Dieser Mann konnte nicht genommen werden aus der Sozialdemokratie, weil er ja versuchen mußte, auch die Volkspartei zu gewinnen. Er konnte nicht genommen werden aus der Volkspartei, weil die Gegensätze zur Sozialdemokratie zunächst ja noch unüberwindlich schienen. Er hätte allein genommen werden können aus dem Zentrum und aus der Demokratischen Partei. Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat sich nicht mit der Frage beschäftigt, ob sie diesen Ministerpräsidenten stellen solle. Denn darüber herrschte von vornherein Einmütigkeit in der Fraktion, daß auch jetzt noch die Zurückhaltung, die die Fraktion bisher gewahrt hatte, geboten sei, und außerdem waren wir uns darüber klar, daß die Verantwortung für einen solchen Ministerpräsidenten zu schwer war, als daß ausgerechnet die kleinste Fraktion sie zu tragen vermöchte. Wohl aber darf nicht verschwiegen werden, daß auch in der demokratischen Fraktion Stimmen laut geworden sind, die es für unerträglich bezeichneten, daß sowohl im Reiche, wie in Preußen das Zentrum den Ministerpräsidenten stelle, und zwar waren es Abgeordnete der westlichen Provinzen, wo der Kampf der liberalen Elemente gegen das Zentrum ja am allerschärfsten ist. In diesem Zusammenhang sei festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei unter Führung von Herrn Leidig den ausdrücklichen Beschluß gefaßt hatte, der Ministerpräsident dürfe weder ein Sozialdemokrat, noch ein Demokrat sein. Die Partei der „Köl-

nischen Zeitung" hat durch diesen Beschluß also die Notwendigkeit herbeigeführt, die Ministerpräsidentschaft einem Zentrumsmanne auszuliefern. Die Partei, die in ihrer Kulturpolitik am nachdrücklichsten vertreten wird von der „Täglichen Rundschau“, dieser verbissenen Feindin des Katholizismus, trägt die Schuld daran, daß das Zentrum nicht allein die Ministerpräsidentschaft erhielt, sondern in der Wahl seines Mannes nunmehr völlig frei war. Für das Zentrum kam diese Befreiung von irgendwelchen Rücksichten gegenüber anderen Parteien überaus günstig. Die Stegerwaldschen Pläne gingen auf die Gründung einer neuen Partei hinaus, einer großen christlichen Arbeiterpartei, die nicht nur unter dem Einfluß des Katholizismus stehen sollte, sondern unter der sich alle positiv denkenden Arbeiter zusammenschließen würden. Diese neue Partei bedrohte vor allem den Bestand des Zentrums, da sich die christlichen Gewerkschaften ihr angeschlossen hätten, die ja schon seit langer Zeit in einer scharfen Gegnerschaft zu dem rechten Flügel des Zentrums stehen. Nunmehr bot sich dem Zentrum die Gelegenheit, die Bewegung Stegerwald mit einem Schlage totzumachen. Stegerwald wurde Ministerpräsident aus Zentrums Gnaden und war dadurch wieder von neuem gebunden an diese Partei, der er jetzt keine neuen Schwierigkeiten mehr zu bereiten vermochte. Nachdem das Zentrum beschlossen hatte, Herrn Stegerwald zur Wahl des Ministerpräsidenten vorzuschlagen, trat es in nähere Fühlung mit den anderen Parteien um zu erfahren, welche Mehrheit für die Wahl dieses Ministerpräsidenten gesichert werden könne.

Am Freitag, den 8. April, verlangte die Sozialdemokratie in der interfraktionellen Besprechung zunächst, daß der Ministerpräsident, für den sie stimmen sollte, unter gar keinen Umständen in Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei eintreten dürfe. Es wäre dieses eine Bindung gewesen, die von vornherein die Bemühungen Stegerwalds zur Unfruchtbarkeit verdammen mußte. Infolgedessen hat sich das Zentrum sofort mit aller Entschiedenheit gegen die Zustimmung zu dieser Forderung ausgesprochen. Die Sozialdemokratie ist im Laufe des Tages dann aber umgefallen und hat sich schließlich darauf beschränkt, zu fordern, daß der Ministerpräsident zwar freie Hand haben sollte, daß er aber bei der Kabinettsbildung von der Zustimmung aller drei Koalitionsparteien abhängig wäre. Auf diese Formel haben sich offenbar auch die Unterhändler des Zentrums eingelassen, und die sozialdemokratische Fraktion hat nur unter der Voraussetzung, daß ein Ministerium nicht gebildet werden könne, wenn sie nicht ihre Zustimmung dazu geben werde, Herrn Stegerwald gewählt. Stegerwald selbst hat von diesen Vereinbarungen ganz ohne Zweifel keine Kenntnis gehabt. Er wurde am Samstag, den 18. April, vom Landtag mit allen Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokraten, dem Zentrum und der

Sozialdemokratie gewählt und hatte damit eine überwältigende Mehrheit für sich. Die Deutschnationale Volkspartei hat ihre Stimmen mit einem gewissen Vorbehalt abgegeben. Sie konnte zwar im Landtag nicht das Wort ergreifen, hat aber dann am folgenden Tage folgende Erklärung veröffentlicht:

Die preußische Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat bei der heutigen Wahl des Ministerpräsidenten ihre Stimmen dem vom Zentrum aufgestellten Kandidaten Stegerwald gegeben: Sie mußte das schon deshalb tun, weil bei der Technik des Wahlvorganges andernfalls keine Sicherheit dagegen geboten war, daß ein Sozialdemokrat, vermutlich Herr Otto Braun, gewählt wurde. Die weitere Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zum Ministerpräsidenten Stegerwald wird selbstverständlich von der Art abhängen, wie er sein Ministerium zusammensetzt. Parteipolitisch erstrebt die Deutschnationale Volkspartei für sich nichts; was sie sachlich von der neuen Regierung vor allem erwartet, ist in den nachfolgenden vier Punkten der parteiamtlichen Erklärung vom 25. März d. J. niedergelegt:

Wiederaufrichtung fester staatlicher Ordnung in Preußen; Herstellung einer sachgemäßen, unparteiischen, von unbrauchbaren Elementen gereinigten Verwaltung.

Beseitigung des bauernfeindlichen Landwirtschaftsministers; Besetzung des Landwirtschaftsministeriums mit einem Fachmann, der das Vertrauen der preußischen Landwirte genießt.

Berufung eines Kultusministers, der eine Schulerziehung in christlichem und vaterländischem Geiste verbürgt.

Strenge Sparsamkeit; eine Ausgestaltung der Steuergesetzgebung, die eine weitere wirtschaftliche Aushöhlung des Mittelstandes vermeidet.

Der neue Ministerpräsident betrat nun aber nicht den durch die Verfassung gegebenen Weg. Es wäre seine Aufgabe gewesen, nach seiner Wahl ein Programm auszuarbeiten, in den verschiedenen Fraktionen nach Männern zu suchen, die ihm geeignet erschienen, als Mitarbeiter in sein Kabinett gewählt zu werden und damit vor das Parlament zu treten, um zu sehen, ob das Parlament ihm das Vertrauen ausspreche oder nicht. Diesen von der Verfassung klar vorgeschriebenen Weg ist Stegerwald nicht gegangen. Er hat vielmehr zunächst wieder mit allen möglichen Kombinationen das Problem zu lösen versucht und ist dabei naturgemäß auf die gleichen Schwierigkeiten gestoßen, die sich der Kabinettsbildung schon vor seiner Wahl entgegengestellt hatten. Beweis dafür ist der Inhalt eines Interviews, das der neue Ministerpräsident einem Presseberichterstatter gewährte und in dem er verschiedene Möglichkeiten auseinanderlegte, die jetzt noch für ihn übrig geblieben seien. Der Ministerpräsident Stegerwald hat sich

in jener Unterredung nach dem Bericht des Zeitungsberichterstatters folgendermaßen geäußert:

„Zunächst eine Koalitionsregierung von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Diese ist aus außen- und innerpolitischen Gründen das Gebot der Stunde. Das deutsche Volk erarbeitet sich bei seiner gegenwärtigen Lage nicht wieder Ansehen in der Welt, wenn es sich nicht dazu versteht, seine inneren parteipolitischen Gegensätze zu mildern und zurückzustellen. Nach den Vorgängen in den letzten 2^{1/2} Jahren ist sodann die Stunde gekommen, auszusprechen, daß eine gewisse Stetigkeit in der Politik eine der ersten Voraussetzungen ist für den allmählichen Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Diese Stetigkeit ist nur erreichbar durch eine starke und möglichst gleichartige Mehrheit im Reich und in Preußen und durch weitgehende gegenseitige Rücksichtnahme auf die Imponderabilien in den Koalitionsparteien. Gegen die Regierungsbildung auf dieser breiten Front wurden aber in den letzten Wochen so viele Schranken aufgerichtet, daß sie Stegerwald nicht in wenigen Tagen abbauen konnte.

Die zweite Möglichkeit zur Regierungsbildung war die alte Koalition. Vom rein preußischen Standpunkt aus betrachtet, wäre sie parlamentarisch notfalls gangbar gewesen. Die Regierungsbildung in Preußen läßt sich aber gegenwärtig nicht völlig loslösen von der Lage im Reich. Die Reichsregierung hat in den nächsten 14 Tagen im Hinblick auf die durch die Entente angekündigte Inkraftsetzung der Sanktionen einen Kampf um Leben und Tod für das deutsche Volk zu führen. Auf den Koalitionsparteien des Reichstags lastet in der zweiten Hälfte des April eine ungeheure Verantwortung. In solcher Situation glaubte es Stegerwald, von moralischen Erwägungen ganz abgesehen, auch politisch nicht vertreten zu können, eine der Koalitionsparteien des Reichstages, die Deutsche Volkspartei, in Preußen gröblichst vor den Kopf zu stoßen. Stegerwald will auch nach Beendigung seiner schweren Mission nicht bloß nach links, sondern auch nach rechts als anständiger Politiker und Mensch dastehen.

Eine dritte Möglichkeit zur preußischen Regierungsbildung war die gleiche Minderheitskoalition wie im Reich. Dieser Weg ist in der gegenwärtigen Stunde insbesondere aus innerpolitischen Gründen nicht gangbar. Das außerordentlich wichtige Ueberschichtenabkommen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist noch in der Schwebe. Zwischen Unternehmern und Arbeitern sind dabei noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Beim Inkrafttreten der Sanktionen steht Deutschland sodann vor einer so gewaltigen Arbeitslosigkeit wie noch nie in seiner Geschichte. Das sind nur zwei der wichtigsten Punkte, die hier in Frage kommen. Bei solcher Sachlage ist es politisch nicht tragbar, die Sozialdemokratie vollständig außerhalb der unmittelbaren politisch-parlamentarischen Verantwortung zu stellen.

Als vierte Möglichkeit verblieb die Bildung eines Geschäftsministeriums mit überwiegend politisch-parlamentarischem Einschlage, da mit Beamten allein die politisch anormalen Verhältnisse der Gegenwart nicht gemeistert werden können. Ueber den Charakter und die Zusammensetzung dieses Geschäftsministeriums, das keine Fortsetzung der alten Koalition sein dürfte, konnte bis jetzt eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden. Stegerwald glaubte, die großen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei dadurch ausgleichen zu können, daß er für die Sozialdemokratie drei, für die bürgerlichen Parteien fünf Ministerien vorsah, wovon zwei durch Beamte besetzt werden sollten, die treu zur Reichsverfassung und preußischen Verfassung stehen und im übrigen auch als der Deutschen Volkspartei genehm betrachtet werden konnten. Für diesen Fall hatte Stegerwald von der Deutschen Volkspartei gefordert, daß sie bei der Vertrauensfrage im Gegensatz zu den anderen Koalitionsparteien nicht für die Regierung zu stimmen brauche, aber auch nicht gegen sie stimmen dürfe, sondern weiße Zettel abgeben könnte. Dieses Ansinnen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Politisch Unehrenhaftes hat also Stegerwald der Deutschen Volkspartei nicht zugemutet.

Zur Stunde bestehen noch drei Möglichkeiten für den Ausgleich:

1. Entweder die Parteien geben Stegerwald vollständig freie Hand, die aus ihren Reihen durch ihn berufenen Minister nicht durch Fraktionsbeschluß an der Annahme des Ministeriums zu behindern.

2. Es wird ein Geschäftsministerium gebildet aus zwei Sozialdemokraten, je einem Vertreter der Zentrums, der Deutsch-demokratischen und der Deutschen Volkspartei, während der Rest der Ministerien durch Beamte oder politisch nicht abgestempelte Persönlichkeiten besetzt wird. Die Parteien wären an diese Regierung, die keine Koalitionsregierung ist, nur lose gebunden. Es könnte Politik mit wechselnden Mehrheiten gemacht, die Staatsgeschäfte einstweilen fortgeführt und das Weitere der politischen Entwicklung der nächsten Zeit überlassen bleiben.

3. Es wird ein Ministerium aus Zentrum und Demokraten gebildet, wenn sich dadurch eine wohlwollende Neutralität der beiden Nachbarparteien von links und rechts erzielen läßt."

Alle diese Möglichkeiten waren schon am nächsten Tage zu Unmöglichkeiten geworden und nunmehr versuchte der Ministerpräsident eine neue Kombination, die darauf hinausging, ein Übergangministerium zu bilden, an dem sich beteiligen sollten: 2 Zentrumsabgeordnete, 2 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und 2 Beamte, die der Volkspartei nahestehen sollten. Der Abgeordnete Heß hat später im Landtag erklärt, es habe einen Augenblick gegeben, wo eine Einigung mit der Sozialdemokratie möglich gewesen sei, und zwar nach dem Vorschlag, den Stegerwald gemacht

habe, nämlich 2 Beamte in das Ministerium aufzunehmen, die der Volkspartei nahestanden. Bei diesen Erklärungen des Abg. Heß hat die Sozialdemokratie heftig opponiert. Der Beweis des Gegenteils ist damit aber noch nicht erbracht. Dagegen steht fest, daß die Deutsche Volkspartei sich einer solchen Möglichkeit von vornherein ablehnend gegenüber verhielt, und zwar mit der Begründung, daß sie in der Koalition nicht eine Partei minderen Rechtes sein wolle. In verschiedenen rechtsstehenden Blättern wurde die Ablehnung der Volkspartei durch eine Zuschrift aus den Reihen der Deutschen Volkspartei folgendermaßen begründet:

Es ist doch selbstverständlich, daß ein derartiger Ausgang der Verhandlungen niemals die Zustimmung der Deutschen Volkspartei finden könnte. Keine Partei wird jemals auf den Anspruch verzichten, gleichberechtigt und gleichwertig mit den anderen beteiligten Parteien die Verantwortung für die Führung der Geschäfte des Landes zu tragen. Daß gerade die Sozialdemokratie, die jahrzehntelang ihre Gleichberechtigung mit den übrigen Parteien in der politischen Wertung verlangt hat, jetzt selbst beansprucht, mehr Rechte als andere Parteien zu erhalten, ist mindestens eigenartig und beweist für uns, daß der Ernst der ganzen, und zwar nicht nur der innerpolitischen, Lage bei den Sozialdemokraten bisher nicht zu voller Erkenntnis gekommen ist.

Daraufhin hat Stegerwald seine Vorschläge wieder abgeändert und nunmehr der Volkspartei sein Angebot dadurch schmackhaft zu machen versucht, daß er die Form wählte, die Beamten sollten nicht der Volkspartei nur genehm sein, sondern nach den Vorschlägen der Volkspartei gewählt werden. Die Sozialdemokratische Partei hat diesen Vorschlag, der schließlich noch einen Ausweg aus dem Wirrwarr hätte bieten können, wieder auf das allerentschiedenste abgelehnt, so daß also auch die neue Kombination des Ministerpräsidenten in sich zusammenfallen mußte.

Am Sonnabendvormittag teilte mir Herr Stegerwald mit, ich möchte meiner Fraktion folgende Dinge unterbreiten:

In negativer Hinsicht: er werde den Ministerpräsidentenposten nicht niederlegen, ohne eine positive Lösung der Ministerfrage gefunden zu haben.

2. Die alte Koalition käme für ihn nicht mehr in Frage. Er sähe ein, daß er das dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei nicht zumuten könne.

In positiver Hinsicht: er schlage zunächst vor, ein Drei-Männer-Ministerium bestehend aus je einem Vertreter des Zentrums, der Demokratie und der Sozialdemokratie. Neben diesen drei Ministern sollten drei parlamentarische Unterstaatssekretäre stehen, damit die politische Führung im Kabinett gesichert sei. Außerdem soll sich das Ministerium zusammensetzen aus vier Beamten, die sich eidlich verpflichten müßten, mit allen

Mitteln für den Schutz der deutschen und preußischen Verfassung einzutreten. Und als letztes käme noch folgende Lösung in Betracht: Ein Ministerium in seiner politischen Spitze aus Parlamentariern der Demokratischen Partei und des Zentrums bestehend vielleicht aus drei Zentrumsmitgliedern, zwei Demokraten und vier Beamten.

Bei der Mitteilung des Herrn Stegerwald ist besonders beachtenswert der erste Punkt. Er will sein Amt nicht niederlegen, ohne eine positive Lösung gefunden zu haben. Das beweist, daß er sich vollständig frei fühlte. Das zeigt uns aber auch die ganze Gefahr, in die wir durch dieses Versagen des Parlamentarismus hineingekommen waren. Herr Stegerwald wollte also auch ein Ministerium der Rechten schlucken, wenn das Ministerium der Mitte zur Unmöglichkeit geworden war. Die Sozialdemokratie hat die beiden Vorschläge des Herrn Stegerwald ohne jede Diskussion abgelehnt. Wir sehen also, daß sie auf ihren Machtanspruch beharrt und daß sie die Dinge zur Krisis bringen will. Die Ablehnung des zweiten Vorschlages bedeutet zudem, daß sie einem Ministerium der Mitte aus Zentrum und Demokraten schärfste Opposition entgegenzusetzen werde. Sie machte dadurch also auch diese Lösung zur Unmöglichkeit, wenn Herr Stegerwald sich nicht entschließen wollte, auch gegebenenfalls gegen die Sozialdemokraten zu regieren. Die Deutsche Demokratische Partei hat am Sonnabend beschlossen, den beiden Vorschlägen des Herrn Stegerwald zuzustimmen. Dem ersten bedingungslos, weil er ja nicht den bisherigen Beschlüssen widersprach und die Sozialdemokratie in diesem Ministerium auch vertreten gewesen wäre. Der zweite Vorschlag sollte mehr oder weniger ein Druckmittel auf die Sozialdemokratie sein. Offenbar hat aber auch Stegerwald diesen Plan schon in kurzer Zeit aufgegeben. Er hat dann noch einmal versucht, ein Ministerium der großen Koalition zu schaffen.

Am Sonnabend nachmittag verbreitete sich im Abgeordnetenhaus das Gerücht, nunmehr habe Stegerwald die glückliche Lösung gefunden, die große Koalition sei dennoch fertig geworden. Ein Gerücht, das umsomehr in Erstaunen setzen mußte, als die Sozialdemokratie am Tage vorher abends ausdrücklich folgenden Beschluß gefaßt hatte:

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt es ab zuzustimmen, daß die Genossen Braun, Severing oder andere Genossen der Aufforderung Stegerwalds Folge leisten, in ein Geschäfts- oder Uebergangsministerium einzutreten. Sie wird jedes Geschäfts- oder Uebergangsministerium bekämpfen, das ohne ihre Zustimmung zustandekommt und beruft sich dabei auf die Vereinbarung mit dem Zentrum und den Demokraten, wonach Stegerwald zurücktreten soll, wenn es ihm nicht gelingt, ein Kabinett

zustandezubringen, das die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion findet.

Ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion wäre also für eine solche Kabinettsbildung nicht in Frage gekommen, wohl aber hätte ein außerhalb der Fraktion stehender Sozialdemokrat sich vielleicht für ein solches Ministerium bereitfinden können. Es sind in diesem Zusammenhang auch die Namen Noske, Bauer und Südekum genannt worden, aber auch diese Kombinationen erwiesen sich als haltlos.

Somit waren also am Samstag abend alle Möglichkeiten erschöpft. Die Gegnerschaft zwischen beiden Flügelparteien der großen Koalition war von Tag zu Tag schärfer geworden und an eine Verwirklichung dieses Planes konnte jetzt schlechterdings nicht mehr gedacht werden. Die Schuld an dieser Verschärfung der Lage tragen beide Parteien. In der sozialdemokratischen Partei wurde die Richtung Heilmann immer ausgeprägter mit der Führung betraut und die Männer um Siering verloren an Einfluß. Veranlassung zu dieser inneren Entwicklung in der Sozialdemokratie gab aber in diesen Tagen das überaus scharfe Auftreten der volksparteilichen Redner bei der Debatte über die Unruhen in Mitteldeutschland. Die Fraktion der Volkspartei schickte zuletzt als Redner Herrn Heidenreich vor, der in seinen Angriffen gegen den Minister Severing die Redner der Deutschnationalen Volkspartei an Schärfe noch bei weitem übertraf. Nach den Ausfällen, die dieser Redner gegen die Sozialdemokratische Partei gemacht hat, wäre es auch den gemäßigten Sozialdemokraten unmöglich gewesen, noch weiter für ein Zusammenarbeiten mit der Volkspartei einzutreten. Die große Koalition war gefallen, es mußte ein anderer Ausweg gesucht werden.

Die Sozialdemokratie hat es nun als die Pflicht des Ministerpräsidenten Stegerwald angesehen, daß er seinen Auftrag in die Hände des Landtags zurückgeben müsse, nachdem seine Versuche, Volkspartei und Sozialdemokratie zusammenzubringen, gescheitert waren, wenn anders er nicht gewillt sein sollte, die alte Koalition wieder herzustellen; Stegerwald dagegen hielt sich in keiner Weise an irgendwelche Bedingungen gebunden und glaubte auch, nach dem Scheitern der bisherigen Koalition noch einen letzten Versuch machen zu sollen, der dann allerdings nur ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie glücken konnte. Daß er diesen Versuch gemacht hat, hat ihm die Sozialdemokratie auf das allerschärfste verübelt und als sie sah, daß er hartnäckig bei seinem Unternehmen bestand, begann sie die heftigste Polemik gegen ihn, der nunmehr dazu übergehen wolle, ein Ministerium des Verrats zu schaffen.

So beginnt der Streit um die Bindungen, der mit zu dem Unvergleichlichsten gehört, was wir bei dieser Tragikomödie der preussischen Kabinettsbildung erlebt haben und der auch zu Erscheinungen geführt hat, die unser parlamentarisches Leben noch wei-

ter herabzusetzen geeignet sind. Die Führer der Deutschen Demokratischen Partei, die an den Besprechungen zwischen den drei Koalitionsparteien teilgenommen haben, sind der Auffassung gewesen, daß die Zentrumsparlei die loyale Verpflichtung übernommen habe, nur mit Zustimmung der Sozialdemokratie ein Kabinett zu bilden. Sie haben auch dieser Auffassung in verschiedenen Unterredungen Ausdruck gegeben. Stegerwald selbst aber konnte sich vollständig frei fühlen und hat deshalb wohl nach bestem Wissen gehandelt. Um aber nachzuweisen, daß ein Ministerium ohne Zustimmung der Sozialdemokratie ein Ministerium des Wortbruchs sei, hat der Abgeordnete Heilmann in seine Korrespondenz die Wiedergabe eines Gesprächs gebracht, das von einem Mitglied seiner Fraktion belauscht worden ist. Der Bericht, den die Korrespondenz Heilmann über dieses Gespräch veröffentlicht hat, lautet folgendermaßen:

Die Zentrumsparlei weiß ganz genau, daß diese Vereinbarung getroffen worden ist und besteht. Sie hat die Absicht, den von ihr geschlossenen Vertrag zu brechen und abzuleugnen. Dies beweist das nachstehend wiedergegebene Gespräch, das heute im Sitzungssaale des Landtags geführt und von sozialdemokratischen Abgeordneten mit angehört (!) wurde:

Abg. Heß (Zentrum): Ich komme im Auftrage der Zentrumsfraktion. Ich wollte Sie einmal fragen, Herr Kollege, wie es nach Ihrer Auffassung mit unserer angeblichen Verpflichtung steht, daß Stegerwald zurücktreten solle, wenn sein Kabinett endgültig die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht fände?

Abg. Dominicus: Ich kann Ihnen wirklich nichts anderes sagen, als daß nach meiner Erinnerung und meinen Aufzeichnungen die sozialdemokratischen Herren mit ihrer Darstellung recht haben.

Abg. Heß: Und wenn diese Angelegenheit eventl. hier im Plenum des Hauses zur Besprechung käme, was würden Sie dann sagen?

Abg. Dominicus: Aber Herr Kollege, ich könnte dann natürlich auch nichts anderes sagen als die Wahrheit.

In der Geschichte des Parlaments ist es wohl ein einzigartiger Vorfall, daß vertrauliche Gespräche, die von irgendwelchen Abgeordneten angehört werden, von einem anderen Abgeordneten der Öffentlichkeit preisgegeben werden, und sowohl die Zentrumsfraktion wie auch die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei mußten sich gegen den Versuch, solche Gepflogenheiten in das parlamentarische Leben einzuführen, auf das allerschärfste wehren. So haben denn beide Fraktionen Erklärungen beschlossen, in welchen der Sozialdemokratie mitgeteilt wurde, daß es ihnen leider unmöglich sei, weiterhin an interfraktionellen Besprechungen mit der Sozialdemokratie teilzunehmen, wenn die sozialdemokratische Fraktion nicht in aller Form das Vorgehen des

Herrn Heilmann mißbillige. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich einer solchen Forderung nicht entziehen können. Ganz ohne Zweifel hat dieser Zwischenfall aber eine böse Verschärfung der Gegensätze herbeigeführt, die auch noch längere Zeit nachwirken wird, obwohl es sich dabei mehr um Fragen des persönlichen Geschmacks handelt, dennoch das gegenseitige Verhältnis vergüten muß.

Der Ministerpräsident hat übrigens den Angriffen, die gegen ihn von der sozialdemokratischen Partei gerichtet worden sind, den Boden entzogen. Auf Veranlassung eines demokratischen Abgeordneten hat er sich dazu entschlossen, sein Amt dem Landtag wieder zur Verfügung zu stellen. Dabei hat er folgende Erklärung abgegeben:

Im Laufe der Verhandlungen über die Bildung eines preussischen Ministeriums ist mir zur Kenntnis gekommen, daß ein Teil der bei meiner Wahl zum Ministerpräsidenten auf mich entfallenen Stimmen unter irrigen Voraussetzungen abgegeben worden ist. Da ich nicht gesonnen bin, aus diesem Anlaß wegen vermeintlichen Mißbrauchs des in mich gesetzten Vertrauens Angriffe auf meine persönliche Ehre auf mich zu ziehen, halte ich eine erneute Wahl des Ministerpräsidenten für notwendig. Ich ziehe daher meine Annahmeerklärung hiermit zurück.

Damit hat er also sich von jeder Bindung, die vielleicht andere ohne sein Wissen eingegangen waren, losgelöst und nunmehr wurde er vom Landtag mit 227 gegen 122 Stimmen wiedergewählt.

Stegerwald selbst sah ein, daß er mit seinen bisherigen Versuchen völlig gescheitert sei und erblickte nunmehr in einem Geschäftsministerium den einzigen Ausweg. Zu diesem Geschäftsministerium sollte hinzugezogen werden als Justizminister der bisherige Inhaber dieses Ressorts Am Zehnhoff und als Handelsminister der Demokrat Fischbeck. Sonst aber sollte das ganze Ministerium aus Beamten bestehen, und zwar wurden dabei genannt der frühere Minister Drews als Minister des Innern, der frühere Reichsschatzsekretär Graf Rödern als Finanzminister, der Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium Warmboldt als Landwirtschaftsminister, der Staatssekretär Dr. Becker vom Kultusministerium als Kultusminister.

Die demokratische Fraktion hatte sich nunmehr darüber zu entscheiden, ob sie darin einwilligen soll, das ihr Minister Fischbeck nunmehr gewissermaßen als Fachminister in ein solches Beamtenministerium eintreten solle. Fischbeck selbst lehnte in der Fraktionssitzung diese Zumutung ab. Er wies mit Recht darauf hin, daß er bisher stets als politische Persönlichkeit gegolten habe und daß er sich nicht damit abfinden könne, jetzt als Fachminister aufgezogen zu werden. Er schlage zwar vor, daß einem solchen Beamtenministerium das Vertrauen der Fraktion erteilt werden solle, aber Stegerwald müsse versuchen, auch für das Handels-

ministerium einen Beamten zu gewinnen. Die Fraktion hat sich diesen Gründen nicht verschlossen und war sich darin einig, daß nunmehr auch Minister Fischbeck aus der neuen Kombination ausscheiden müsse, daß also nur noch ein reines Beamtenministerium übrig bleiben könne, dem man dann das Vertrauen aussprechen müsse.

Stegerwald hat sich redlich bemüht, die genannten Beamten für sein Ministerium zu gewinnen. Als jedoch bekannt wurde, daß sich nunmehr auch die demokratische Fraktion zurückziehe und politisch an einem solchen Ministerium nicht mehr beteiligt sein wolle, erhielt Stegerwald Korb nach Korb. Nachdem Drews abgelehnt hatte, versuchte er den Oberbürgermeister Lutter für sein Ministerium zu gewinnen. Auch dieser Versuch mißglückte. Und somit stand schon am Abend des Montag fest, daß auch die Bildung eines Beamtenministeriums unmöglich war. Die Sozialdemokratie hatte zudem erklären lassen, daß sie auch einem Beamtenministerium die schärfste Opposition bereiten werde. Damit hatte sie schon zum Ausdruck gebracht, daß sie eben die beiden anderen Fraktionen dazu zwingen wolle, die alte Koalition wieder aufzurichten, d. h. also, daß sie diese Fraktionen vor die Notwendigkeit setzen wolle, ihre bisherigen Beschlüsse aufzugeben und sich dem Diktat der Sozialdemokratie zu fügen. Eine solche Zumutung war in diesem Stadium der Verhandlungen nicht mehr zu tragen. Andererseits hatte sich die Situation immer schärfer zugespitzt. Schon 7 Wochen lang dauerte jetzt die Ungewißheit. Die Autorität des Staates mußte durch dieses Hin und Her auf das allerschärfste gefährdet werden, und jeder Einsichtige erkannte, daß es jetzt Handeln heiße, daß man mit Verhandeln nicht mehr weiterkommen könne. In der Fraktionssitzung der Deutschen Demokratischen Partei wurde am Dienstag mitgeteilt, daß Stegerwald auch bereit sei, zwei demokratische Minister in das Beamtenministerium aufzunehmen, und nunmehr erhob sich der frühere Minister Oeser und wies darauf hin, daß mit einem unpolitischen Ministerium nunmehr nichts mehr anzufangen sei. Jetzt blieb eben nichts mehr anderes übrig als ein politisches Ministerium, bestehend aus dem Zentrum und der Demokratie unter Ausschluß sowohl der Volkspartei wie auch der Sozialdemokratischen Partei. Damit waren die Pläne der Sozialdemokratie auf Wiederherstellung der alten Koalition durchkreuzt. Es waren aber auch durchkreuzt die Pläne der Volkspartei, die darauf hinausgingen, die gleiche Koalition wie im Reiche zu schaffen mit enger Anlehnung an die Deutschnationale Volkspartei.

Auf Grund der Beschlüsse der Deutschen Demokratischen Partei hat Herr Stegerwald dann im Laufe des Dienstag nachmittags weiter verhandelt und nunmehr seine Ministerliste zusammengestellt. Die Deutsche Demokratische Partei hat sich entsprechend dem Sinne der Verfassung von jeder Benennung irgendeiner Person ferngehalten. Sie hat diese Aufgabe vielmehr allein dem Minister-

präsidenten Stegerwald überlassen. Stegerwald hatte selbst schon zwei Persönlichkeiten für das Ministerium des Innern in Aussicht genommen, Schiffer oder Dominicus, und die Fraktion hat ihm bei dieser Wahl völlig freie Hand gelassen. Stegerwald hat es aber versäumt, mit den Ministerkandidaten persönliche Fühlung zu nehmen. Die Veröffentlichung der Namen, die am Mittwoch morgen erfolgte, ist geschehen, ohne daß vorher das Einverständnis des früheren Reichsministers Schiffer zu seiner Ernennung eingeholt worden wäre. Ein Verfahren, das in dieser Uebereilung vielleicht verständlich, aber jedenfalls nicht richtig war. Reichsminister a. D. Schiffer hatte sich schon im Laufe des Dienstag dazu entschlossen, den Ruf abzulehnen, und zwar tat er dieses im Einverständnis mit seinen Freunden aus der Reichstagsfraktion, die ihn in diesen kritischen Zeiten als Führer der Fraktion als unentbehrlich bezeichneten und nicht für einen preußischen Ministerposten freigeben wollten.

In der Nacht zum Mittwoch meldete sich bei dem Ministerpräsidenten Stegerwald eine Deputation der Deutschen Volkspartei an, bestehend aus den Herren Leidig, Garnich und v. Campe. Diese Herren wehrten sich auf das entschiedenste gegen die Ernennung eines der beiden Abg. Dominicus oder Schiffer zum Minister des Innern. Dabei hat einer der volksparteilichen Vertreter besonders hervorgehoben, daß es doch nicht möglich sei, in dieser Weise der geschlagenen Fraktion das wichtigste Ministerium auszuliefern. Vor allem auch wandte er sich gegen Schiffer als einen der bedeutendsten Führer der früheren Nationalliberalen Partei. Man schlug vor, Stegerwald soll anstatt eines demokratischen Parlamentariers einen Verwaltungsbeamten zum Minister des Innern ernennen. Der Ministerpräsident Stegerwald zeigte sich diesen Vorstellungen nicht besonders zugänglich. Ja, nach einer Schilderung der Presse soll er die Herren nicht gerade sehr höflich abgefertigt haben, eine Mitteilung, deren Wahrheit ich nicht nachprüfen kann. Am nächsten Tage wurde der Deutschen Demokratischen Partei Mitteilung gemacht von dem Vorgehen der volksparteilichen Vertreter während der Nacht. Dieser Schritt mußte in der Fraktion das allergrößte Befremden hervorrufen und nunmehr wurde beschlossen, daß die Fraktion keinesfalls irgendwelcher Vorschläge der Deutschen Volkspartei zugänglich sein dürfe, dem Ministerpräsidenten müsse freie Hand gelassen werden in der Wahl der Parlamentarier, die er für geeignet hielte. Die Volkspartei aber müsse vor die Notwendigkeit gestellt werden, darüber zu entscheiden, ob sie einem Ministerium mit einem demokratischen Abgeordneten ihr Vertrauen geben wolle oder ob sie es wagen werde, aus den Erwägungen heraus, die der volksparteiliche Vertreter in der Nacht Herrn Stegerwald gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte, dem neuen Ministerium das Vertrauen zu verweigern. Während der Sitzung der Fraktion bat Herr Garnich Herrn Minister Fischbeck heraus und teilte ihm mit, die Fraktion

der Deutschen Volkspartei schlage zum Minister des Innern den Oberpräsidenten Maier vor. Die Fraktion nahm von dieser Mitteilung Kenntnis, blieb aber auf ihrem Standpunkt beharren.

Am Nachmittag fand im Festsaal des Abgeordnetenhauses eine gemeinsame Sitzung der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei statt. In dieser Sitzung machten die Vertreter der Landtagsfraktion den ernsthaftesten Versuch, Herrn Schiffer zu überreden, das Angebot des Ministerpräsidenten Stegerwald anzunehmen, besonders auch im Hinblick auf das unqualifizierbare Vorgehen der Deutschen Volkspartei. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion sprachen sich in ihrer großen Mehrzahl dafür aus, daß der Fraktionsvorsitzende im gegenwärtigen Augenblick der Reichstagsfraktion nicht genommen werden dürfe und daß deshalb Schiffer unter allen Umständen ablehnen müsse. Nach ausgedehnter Debatte bat sich Minister Schiffer einige Minuten Bedenkzeit aus. Seine Entscheidung fiel dann dahin, daß er trotz der gewichtigen Gründe, die für sein Eintreten in die preußische Regierung sprechen, er dennoch dem Rufe Stegerwalds nicht Folge leisten könne, sondern der Vorsitzende der Reichstagsfraktion bleiben müsse. Aus dieser Darstellung geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Mitteilungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“, die nachträglich veröffentlicht worden sind, auf Unwahrheit beruhen. In dieser Mitteilung der Korrespondenz heißt es:

Im Gegensatz zu dem loyalen Verhalten der Deutschen Volkspartei, die keinerlei Pression in irgendwelcher Richtung ausgeübt hat, steht das Verhalten der Demokratischen Partei, die den Ministerpräsidenten, der ohne Bindung gewählt werden wollte, durch Fraktionsbeschluß den Minister des Innern präsentiert hat. Für diese Tatsache ist der Umstand bezeichnend, daß Ministerpräsident Stegerwald eine Viertelstunde vor dem Zeitpunkt, zu dem er die neuen Minister zu einer Besprechung des Programms zusammenberufen hatte, nicht wußte, wer sein Minister des Innern sein würde, weil er noch auf die ihn schlechthin bindende Entscheidung der demokratischen Fraktion wartete.

Es ist unrichtig, daß die demokratische Fraktion in der Personenfrage überhaupt eine Entscheidung gefällt hat. Sie hat nur den Vorschlag der Deutschen Volkspartei abgelehnt, hat es dagegen in das freie Ermessen des von Herrn Stegerwald ausersehenen Mannes gelegt, ob er den Ruf annehmen wolle oder nicht. Stegerwald selbst hat überhaupt nur zwei Persönlichkeiten in Aussicht genommen. Auch bei dieser Wahl war Stegerwald vollständig frei, und wenn er nach der Ablehnung Schiffers Dominicus berief, so war auch dieses eine Tat seines freien Ermessens. Die Deutsche Demokratische Fraktion hat also streng nach den Vorschriften der Verfassung gehandelt. Es bleibt aber dem Urteil des

Lesers überlassen, ob die Deutsche Volkspartei, die angibt, keinerlei Pression ausgeübt zu haben, wirklich loyal handelte, als sie Herrn Stegerwald noch in der Nacht vor der Entscheidung davon zurückhalten wollte, einen demokratischen Parlamentarier mit dem Ministerium des Innern zu beauftragen.

In dem neuen Ministerium finden wir neben den schon als Parlamentarier ausgeprägten politischen Persönlichkeiten noch den früheren Ministerialdirektor Warmbold und den früheren Staatssekretär Dr. Becker, beides Männer, die von sozialdemokratischen Ministern in ihre Aemter berufen worden sind und die von diesen sozialdemokratischen Ministern bisher immer in ihrem Wirken nur anerkennende Urteile erfahren haben. Außerdem als Finanzminister den Finanzrat Semisch, der seinerzeit im Ministerium Scheidemann hervorragende Dienste geleistet hat. Es ist also zum mindestens eine überaus kühne Behauptung, daß dieses Ministerium ein Ministerium der Rechten sei. Um die wirkliche Richtung des Ministeriums zu beurteilen, müssen wir das Programm kennen, nach dem das Ministerium zu arbeiten gewillt ist. Auf das sachliche Programm allein kommt es an, nicht auf die Abstimmung bei der ersten Vertrauenskundgebung, die keinesfalls aus sachlichen Momenten verstanden werden kann, sondern allein aus Stimmungsmomenten, wie sie sich ja nach dem krisenhaften Verlaufe der ganzen Kabinettsbildung von selbst ergaben. Das Programm des Ministers Stegerwald kann aber schlechterdings nicht als ein Programm einer Rechtsregierung gedeutet werden. Der Ministerpräsident hat sich mit seinem Ministerium am Freitag, den 22. April, dem Landtag vorgestellt und dabei sein Programm folgendermaßen entwickelt:

„Meine Damen und Herren. Sie haben mich gestern zum zweiten Male zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke Ihnen für diesen erneuten Beweis Ihres Vertrauens. Ich danke zugleich den ausscheidenden Herren Ministern für Ihre in hingebender Arbeit dem Staate geleisteten Dienste. Zu Mitgliedern meines Kabinetts habe ich folgende Herren ernannt:

Dominicus (Minister des Innern),
Fischbeck (Handelsminister),
Am Zehnhoff (Justizministerium),
Becker (Kultusministerium),
Warmbold (Landwirtschaftsministerium),
Saemisch (Finanzministerium).

Ich selbst gedenke das Ministerium für Volkswohlfahrt, daß ich schon die letzten zwei Monate verwaltete, neben dem Ministerpräsidium beizubehalten. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes über anderweite Regelung der auf Gesetz beruhenden Zuständigkeiten des Ministers der öffentlichen Arbeiten habe ich den Minister für Handel und Gewerbe, Fischbeck, zugleich zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt.

Das Programm meines Ministeriums muß der gegenwärtigen Lage angepaßt sein.

Was das Gebiet der inneren Politik anlangt, so steht die Regierung einmütig auf dem Boden der Reichs- und preußischen Verfassung. Sie ist entschlossen, die vom Volke sich selbst gegebenen Grundsätze erforderlichenfalls mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin energisch zu verteidigen. Sie vertraut dabei auf die weitere pflichttreue Mitarbeit der Beamtenschaft.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande bedarf es in der gegenwärtigen Zeit einer zielsicheren Führung der inneren Verwaltung, die sich nicht bloß auf die unbedingt leistungsfähig zu haltenden Machtmittel mit Nachdruck stützt, sondern auch mit Reformen vorgeht überall dort, wo solche infolge veralteter staatlicher Einrichtungen notwendig sind. Entsprechend diesem Grundsatz wird das Ministerium die großen Reformgesetze über die Gemeindeverfassung, insbesondere die Landgemeinde-, Städte-, Kreis- und Provinzialordnung sowie das Gesetz über die Provinzialautonomie so rasch wie möglich vor die gesetzgebende Körperschaft bringen. Pflege der kulturellen Eigen- und Stammesart einerseits, Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls zu dem Gesamtstaate andererseits sollen bei diesen Reformen die leitenden Richtlinien sein.

Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung läßt sich nur dann durchführen, wenn die Rechtspflege Preußens vom Vertrauen der Volksgemeinschaft getragen wird. (Beifall. Gelächter links.) Schutz und Verbesserung derselben ist daher eine der Regierung obliegende heilige Pflicht. An der vom Reiche betriebenen Justizreform wird Preußen nach Kräften mitarbeiten.

Handel und Gewerbe sind durch die von unseren bisherigen Feinden geplanten Wirtschaftsmaßnahmen bedroht. Zerschneiden jene die Nerven unseres Erwerbslebens, so wird das für sie unsere Zahlungsunfähigkeit, für uns Arbeitslosigkeit in größtem Umfange zur Folge haben. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird die Regierung in Rücksicht hierauf mit aller Sorgfalt weiter zu entwickeln bestrebt sein. Gegen Schiebertum und Wucher wird sie den Kampf mit Nachdruck führen und sich hierbei des Rats der bedrohten anständigen Handels- und Gewerbetreibenden gern bedienen. Die Aufrechterhaltung eines gesunden, unabhängigen Mittelstandes ist notwendiger denn je. Seine Bedürfnisse sollen nachdrücklichst berücksichtigt werden. (Bravo!)

Die Ernährung der Bevölkerung muß unter allen Umständen sichergestellt bleiben. Die Regierung wird daher die landwirtschaftliche Erzeugung mit allen Kräften fördern. Bei unserer von innen wie von außen bedrohten Wirtschaftslage wird die Ansetzung des Bevölkerungsüberschusses auf dem Lande immer mehr zur unbedingten Notwendigkeit. Neben einer sozialen Boden- und Siedlungspolitik in den Städten wird daher die Regierung die

Vermehrung des landwirtschaftlichen Mittelstandes sowie die Seßhaftmachung von Arbeitern eifrigst betreiben. Die Anliegersiedlung soll durch Verleihung von Land zu Eigentum gefördert werden. Denn die Regierung ist der Ueberzeugung, daß ein Wiederaufbau Preußens nur durch eine großzügige innere Kolonisation erreichen ist. (Beifall.)

Die der Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes sich entgegenstellenden Widerstände werden um so leichter zu überwinden sein, wenn es der Regierung gelingt, die beteiligten Kreise durch die Art ihres Vorgehens davon zu überzeugen, daß sie hierbei nur selbst gewinnen. Eine solche Vermehrung der seßhaften ländlichen Bevölkerung — vor allen in den östlichen Provinzen — bringt auch den für die Ernährung der Großstädte nötigen landwirtschaftlichen Großbetrieben die erforderlichen einheimischen Arbeitskräfte und führt dem zurzeit schwer daniederliegenden Baugewerbe, das von den Fesseln der Zwangswirtschaft zu befreien ist, neues Leben zu. (Bravo!)

Förderung jeder rechtschaffenen Arbeit in Stadt und Land wird Pflicht der Regierung sein. Die Abmilderung der Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird sie durch verständnisvolles Eingehen auf die beiderseitige Lebensnotwendigkeit zu erreichen suchen. Insbesondere will sie in den Grenzen ihrer Zuständigkeit allen wirtschaftlichen Schwachen jeden Schutz, auf den sie Anspruch haben, angedeihen lassen.

Die materielle Not der Zeit erfordert eine bewußte Pflege unserer ideeller Güter durch den Staat. Bei voller Würdigung der natürlichen Schranken jeder Staatsleitung auf kulturellem Gebiet und bei aller Wahrung landsmannschaftlicher Eigenart muß es das Ziel der deutschen Kulturpolitik sein, durch Stärkung des nationalen und sozialen Verantwortlichkeitsgefühls dem Volke ganz über Konfessionen und Parteien hinweg das Bewußtsein seiner nationalen kulturellen Einheit zu erhalten und zu stärken. Dem wird in erster Linie die Durchführung der begonnenen Neuordnung unseres Schulwesens im Sinne der Reichsverfassung dienen. Die Grundschule wird, planmäßig ausgebaut, die Grundlage eines einheitlichen, aber reich gegliederten Schulwesens bilden, das auch die Fach- und Fortbildungsschule umfaßt. Bei der Grundschule soll nach Möglichkeit der Verschiedenheit der Weltanschauungen durch Einrichtung gleichberechtigter weltlicher Schulen neben den bestehenden Simultan- und Konfessionsschulen im Sinne der Reichsverfassung Rechnung getragen werden. Der Kernpunkt der Schulpolitik bildet die Lösung der Frage der Lehrerbildung, die aus einer wissenschaftlichen und praktischen Fachbildung auf der Grundlage einer abgeschlossenen höheren Schulbildung bestehen soll. Die höheren Schulen fordern bei der schwierigen Lage der staatlichen und kommunalen Finanzen eine wohldurchdachte Planwirtschaft. Sie müssen sich dem Gesamtplan der Volkserziehung

eingliedern, doch soll das vollwertige humanistische Gymnasium unbedingt erhalten bleiben. (Beifall.) Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den sozialen Aufstieg mit der Aufrechterhaltung der Höhenlage unserer Bildung zu vereinen. Das gilt besonders für unsere Universitäten und Hochschulen. Überall sind neben den intellektuellen Kräften die sittlichen und künstlerischen Werte zu pflegen. Die Leibesübungen sind besonders zu fördern und in den Dienst der Charakterbildung zu stellen.

In der Ausführung der Reichsverfassung wird das Verhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften neu zu regeln sein. Dringlich ist besonders die Lösung der Verbindung von Küster und Lehramt. Die Verselbständigung der evangelischen Kirchen ist in Fluß. Eine Revision der Maigesetze steht unmittelbar bevor. Die Beziehungen zur katholischen Kirche sind neu zu ordnen. Dabei werden die völkerrechtlichen Abmachungen mit dem Heiligen Stuhl den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Die überaus schwierige Lage der preußischen Staatsfinanzen ist bekannt. Sie erfordert äußerste Sparsamkeit, möglichste Vereinfachung der staatlichen Verwaltung und Betriebe aller Zweige sowie allmähliche Einschränkung des Beamtenpersonals durch zeitgemäße Reformen der Behörden. Der in der Verfassung aufgestellte Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Deckung!“ muß der alles bestimmende Gesichtspunkt sein. (Beifall.) Zur Durchführung dieses Grundsatzes wird sich auch der pflegliche Ausbau der Steuern nicht vermeiden lassen; ihre Art ist durch die vom Reiche erlassene Finanzreform vorgezeichnet. Unter diesen Verhältnissen wird das neue Haushaltsgesetz für 1921 in Ihren Beratungen, meine Damen und Herren, eine besonders hervorragende und entscheidende Rolle zu spielen haben. Der Entwurf eines solchen wird so rasch als das nur irgendmöglich ist, Ihnen vorgelegt werden. Alle Vorarbeiten dazu sind bereits von der früheren Regierung getroffen worden.

Eine der allerersten Aufgaben des Staatsministeriums wird es sein, den durch die neue Verfassung geschaffenen Staatsrat in kürzester Frist ins Leben und in Arbeit treten zu lassen. Die neue Regierung gibt sich der Hoffnung hin und spricht den Wunsch aus, daß die Zusammenarbeit zwischen Staatsministerium, Landtag und Staatsrat stets dem Vaterlande zum Heile gereichen möge.

Seit der Revolution ist die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen in der Öffentlichkeit sowohl wie in der Verwaltungsarbeit niemals zur Ruhe gekommen. Die Regierung wird sich die Pflege denkbar bester Beziehungen zum Reich eifrigst angelegen sein lassen. Sie weiß sich frei von allen partikularistischen Tendenzen. Aus der unitarischen Grundlage der Weimarer Verfassung ergeben sich aber Probleme, die um so vorsichtiger behandelt werden müssen, als eine etwaige Um- und Neugestaltung

der deutschen Länder nicht allein unter innen-, sondern auch hauptsächlich unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden muß. Jedenfalls tritt zurzeit die Frage der Neugliederung des Reichs zurück hinter dem Erfordernis unbedingter Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Lande, die neben dem Verbleib Oberschlesiens die wichtigste Voraussetzung auch für die Erfüllung der Leistungen aus dem Friedensvertrage ist. (Sehr wahr!)

Oberschlesien hat sich mit großer Mehrheit dafür entschieden, bei Deutschland zu verbleiben. Namens der Regierung danke ich den Oberschlesiern für alle Hingebung und Aufopferung, mit der sie den schweren Kampf um den Verbleib ihrer schönen Provinz bei Deutschland geführt haben. (Beifall.) Soll das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Versailler Vertrage nicht zum Gespött der Welt werden, so ist über das Schicksal Oberschlesiens zugunsten Deutschlands entschieden. Nach dem Reichsgesetz vom 27. November 1920 hat Oberschlesien nunmehr darüber zu befinden, ob es ein selbständiges Land im Rahmen des Deutschen Reiches werden oder dem preußischen Staatsverbande weiter zugehörig bleiben will. Für den letzteren Fall ist die preußische Regierung ernstlich und aufrichtig gewillt, den eigenartigen Verhältnissen in Oberschlesien, die insbesondere auch auf sprachlichem Gebiete liegen, verständnisvoll Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Nach Abbruch der Verhandlungen in London haben unsere ehemaligen Feinde die von ihnen angekündigten sogenannten Sanktionen zur Durchführung gebracht. Unter Verletzung des Vertrages von Versailles ist weiteres preußisches Gebiet besetzt und eine neue Zollgrenze geschaffen worden. Weitere schwerste Gewaltmaßnahmen werden angekündigt für den Fall, daß Deutschland sich bis zum 1. Mai nicht dem Diktat der Entente unterwirft. Die sogenannten Sanktionen und die angekündigten neuen Gewaltmaßnahmen bringen die Bewohner der besetzten Rheinlande in schwere seelische und materielle Bedrängnis. Aber gerade in den Stunden der höchsten Not hat sich die deutsche Treue zum angestammten Vaterlande stets am standhaftesten gezeigt. Darum haben auch im Rheinlande die Maßnahmen der Entente bisher nicht das durch sie erstrebte Ziel erreicht und werden es auch nicht erreichen. (Beifall.) Vielmehr wiederholen sich bei den Bewohnern der Rheinlande immer zahlreichere Kundgebungen und Beweise der Liebe und Anhänglichkeit zum deutschen Vaterlande. Diese Kundgebungen bieten der Staatsregierung die Gewähr dafür, daß die Rheinlande alle Prüfungen, die ihnen auferlegt werden, bestehen werden. Hand in Hand mit der Reichsregierung und dem gesamten deutschen Volke wird die Staatsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln dafür Sorge tragen, daß dem heimgesuchten Gebiet so viel als möglich geholfen, und daß die erlittenen Verluste möglichst ausgeglichen werden.

Im übrigen liegt die Führung der Außenpolitik dem Reiche ob. Als größtes deutsches Land hat aber Preußen die doppelte Pflicht, die Reichsregierung in ihrer schwierigen Lage nach Kräften zu unterstützen, um so mehr, als Preußen durch den Versailler Vertrag am schwersten von allen deutschen Ländern betroffen ist. Wenn wir auch dringend wünschen, daß eine Verständigung mit unseren Gegnern erzielt wird, so müssen wir doch auch an dieser Stelle nochmals ausdrücklich und feierlich aussprechen, daß sich die Vereinbarungen, für die die deutsche Unterschrift gefordert wird, im Rahmen der Leistungsmöglichkeit der deutschen Wirtschaft halten müssen. (Sehr richtig!)

Die derzeitige außenpolitische Lage vergegenwärtigt uns den ganzen schweren Ernst des Augenblicks. Seit dem Dreißigjährigen Kriege ist das Schicksal des deutschen Volkes nicht so bedroht gewesen wie jetzt. Es aus dieser furchtbaren Lage zu befreien, wird nur möglich sein, wenn der Wille des gesamten Volkes sich kraftvoll darauf richtet, sich nicht durch inneren Parteihader zermürben zu lassen, sondern einmütig zusammenzustehen. (Sehr richtig!), mit dem festen Entschluß, den Friedensvertrag zwar nach Möglichkeit zu erfüllen, sich aber als Nation nicht vernichten, nicht versklaven zu lassen. In diesem Sinne wird das Ministerium, getragen von der heiligen Pflicht, die Volksgemeinschaft nicht im Stiche zu lassen, die Geschäfte nach bestem Wissen und Gewissen führen und das entwickelte Programm zur Tat machen."

Die Programmrede des Ministerpräsidenten hat bei der Sozialdemokratie scharfe Ablehnung gefunden, ja, sie ist am Schlusse sogar mit Zischen beantwortet worden. Und als Entgegnung auf diese mißgünstige Aufnahme der Rede erscholl von der Rechten des Hauses demonstrativer Beifall. Dieser Beifall kann dem sachlichen Inhalt der Rede nicht gegolten haben, denn das Programm ist in seinen Grundzügen streng demokratisch und die Forderung, die es in bezug auf Sozialpolitik, auf Siedlungspolitik, auf die Demokratisierung der Verwaltung auf die Reform des Ganzen enthält, steht in scharfem Gegensatz zu der Politik der Deutschenationalen Volkspartei. Daß die Sozialdemokratie dieses Programm nicht anerkennen will, läßt sich zurzeit verstehen, da sie über die ganze Entwicklung der Dinge verärgert ist. Dagegen wird jetzt alles darauf ankommen, wie die Regierung ihr Programm in die Wirklichkeit überzuführen versucht. Der Redner der Demokratischen Partei, Minister a. D. Oeser, hat in seiner großen Rede ausdrücklich hervorgehoben, daß das neue Kabinett unter gar keinen Umständen nunmehr daran gehen dürfe, die sozialdemokratischen Beamten aus der Verwaltung zu entfernen und er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Demokratische Partei dem Kabinett sofort ihr Vertrauen entziehen würde, wenn es zu einem Kabinett der Rechten werden sollte. Aber, so fügte er hinzu, es liegt in der Hand der Sozialdemokratie, ob dieses Kabinett

manche Handlung unterlassen muß, an die es herangehen würde, wenn es der Zustimmung der Sozialdemokratie sicher wäre. Der Landtag hat schließlich nach zweitägiger Debatte den Ministerpräsidenten mit 244 gegen 130 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die Minderheit bestand aus den Mehrheitssozialdemokraten, den Unabhängigen und den Kommunisten. Auf die Dauer wird die Sozialdemokratische Partei eine Verärgerungspolitik nicht treiben können, wenn sie nicht die Interessen ihrer eigenen Wähler auf das Allerschärfste gefährden will und schon dümmert in weiten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei die Erkenntnis auf, daß ihre Führer im Landtag die Partei selbst aus der Regierung hinausmanövriert habe. Eine große Zahl von Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei wenden sich jetzt schon unwillig gegen die Politik ihrer Landtagsfraktion. So lesen wir in dem „Hannoverschen Volkswillen“: Dieses Ministerium (3 Sozialdemokraten, 1 Demokrat, 2 Zentrumsleute und 2 verfassungstreue Beamtenminister) scheiterte aber nicht nur an dem Widerspruch der Deutschen Volkspartei, die einem solchen Kabinett schärfste Opposition ankündigte, sondern merkwürdigerweise auch an dem der Sozialdemokratie, die sich mit der Stellung Brauns als Verbindungsminister nicht zufrieden gab, aber auch gegen die von Stegerwald in Aussicht genommenen Beamtenminister Sturm lief und ankündigte, daß sie mit ihnen nicht zusammenarbeiten wollte.

Dieses Vorgehen unserer Landtagsfraktion erscheint uns um so unverständlicher, als sie in ihrem Briefe an die Deutsche Volkspartei sich ja grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit volksparteilichen Ministern bereit erklärt hatte. Dieser Brief der Fraktion ist übrigens alles andere, nur kein diplomatisches Meisterstück. Erst erklärt die Fraktion, daß sie unter allen Umständen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnt. In dem Briefe aber gibt sie ihren grundsätzlichen Standpunkt auf und stellt nur gewisse Bedingungen für ein Zusammenarbeiten. Mit einer solchen unklaren und schwankenden Politik wird man in den Köpfen unserer Anhänger nur Verwirrung hervorrufen können, die zu keiner Zeit gefährlicher war als gerade jetzt. Entweder sieht man die Deutsche Volkspartei als bündnisfähig an, oder man hält sie nicht dafür, aber man muß dann diesen Standpunkt aufrecht erhalten und nicht heute nein und morgen, wenn auch bedingungsweise, ja sagen. Im übrigen wissen wir aus einem Artikel des Genossen Limbertz in Essen, daß der Brief der Fraktion absichtlich solch scharfe Bedingungen enthielt, daß die Deutsche Volkspartei ehrlicherweise nicht darauf eingehen konnte.

Was soll man dazu sagen? Für einen Crispian mochte es seinerzeit eine Genugtuung sein, in seinem Brief an Hermann Müller ganz unerfüllbare Bedingungen für eine parlamentarische Zusammenarbeit mit uns zu stellen. Für die preußische sozial-

demokratische Landtagsfraktion aber mußten in dieser schwierigen politischen Situation, wo so unendlich Bedeutendes für das arbeitende Volk Preußens auf dem Spiele steht, doch wohl andere als agitatorische Gesichtspunkte maßgebend sein.

Dieses ist eine Kritik, die allzu berechtigt ist. Im Lande wird man das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, die sich so ohne weiteres aus der mühsam errungenen Machtposition verdrängen ließ, nicht verstehen und dort wird wohl schon die Ernüchterung beginnen, die sich mit Notwendigkeit auch in der Landtagsfraktion zeigen muß.

Auch weite Kreise der Deutschen Volkspartei sind mit der Führung der Landtagsfraktion überaus unzufrieden, weil sie eine Einigung mit der Sozialdemokratie durch die Veröffentlichung des Briefes und durch ihre Stellungnahme in den Landtagsdebatten geradezu unmöglich gemacht hat. Im Lande aber ist die Erkenntnis, daß wir nur zur Ruhe und Ordnung kommen können durch eine Regierung, die sich auf der breiten Basis der Mitte aufbaut. Die neue Regierung ist zwar eine Minderheitsregierung, sehr gegen den Willen derer, die sie tragen. Durch ihre Taten aber wird sie, so hoffen wir, den Weg bahnen für die Schaffung der großen Koalition, die allein die Autorität und die Macht haben kann, unser Volk wieder zu ruhigen und geordneten Verhältnissen zu führen.

